

WAHLKAMPFAUSGABE

Evangelische Verantwortung

Das Magazin des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU | Ausgabe 1+2/2025

*Wir sind
der Politikwechsel!*

Am 23. Februar beide Stimmen für CDU oder CSU!



Wieder
nach
vorne





Liebe Leserin, lieber Leser,

nach drei Jahren ist die Ampel-Koalition von **Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD)** endgültig gescheitert. Die Ampelparteien **SPD, Grüne und FDP hinterlassen einen Scherbenhaufen**: Die Bundesrepublik Deutschland steckt mitten in einer der **tiefsten und dramatischsten Wirtschaftskrisen** ihrer Geschichte. Hinzu kommt das Versagen im Hinblick auf die innere wie die äußere Sicherheit. Das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in den Staat ist auf einem Tiefststand. Die Stimmung im Land ist am Boden. **Extreme politische Kräfte und Stimmen** an den radikalen Rändern bedrohen unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Dass es nun zu **Neuwahlen** kommt, ist eine gute Nachricht für unser Land. Rund **80 Prozent der Bürgerinnen und Bürger hatten die Ampelregierung in den letzten Umfragen für ihre desaströse Politik abgelehnt!** Daran sollte sich jeder erinnern, wenn jetzt wieder **neue, unseriöse Wahlversprechen von SPD und Grünen** ertönen. Die Ampel-Parteien hatten in den zurückliegenden Jahren alle Möglichkeiten der politischen Gestaltung, sind aber auf ganzer Linie gescheitert.

Wie wir bereits seit Wochen leider erleben müssen, wird bei **SPD und Grünen** – entgegen dem moralisch komplett überhöhten Selbstbild – gerne immer wieder auch vor **unlauteren Wahlkampf-Manövern** nicht Halt gemacht. Wer wie beispielsweise die Grünen immer wieder in notorischer Weise die Unionsparteien, als letzte verbliebene bürgerliche Kraft der Mitte, bewusst in die „rechte Ecke“ zu stellen versucht, und damit z.B. bei den Vorschlägen zur **Migrationspolitik** eine irgendwie geartete programmatische Nähe zu der rechtsextremen **AfD** unterstellt, oder wer, wie die SPD, von **angeblichen „Rentenkürzungen“ oder dem Abbau des Sozialstaates** durch die Union schwadroniert, der verbreitet nicht nur **gezielt „fake news“**, sondern der befördert am Ende selbst die **Spaltung unserer Gesellschaft** und bedient einzig und allein das Geschäft genau dieser radikalen politischen Ränder in unserem Land.

Die Fakten nach drei Jahren Ampelregierung sind die folgenden: Die **Kommunen sind mit ihren Aufnahmekapazitäten für Migranten am Limit** und die Bürgerinnen und Bürger Deutschlands sind es leid, dass die **ungeordnete Zuwanderung** noch immer nicht wirksam begrenzt wird. Sie sind es leid, dass es **massive Probleme bei der inneren Sicherheit** gibt. Sie sind es leid, dass Deutschland ökonomisch als führende demokratische Volkswirtschaft immer weiter zurückfällt, dass es den **Unternehmen** schlecht geht und Arbeitsplätze abgebaut werden. Die Bürger sind es leid, dass der **Wohstand für alle in Deutschland in höchstem Maße gefährdet ist**. Sie sind es leid, dass sie das Gefühl haben, es lohnt sich oft nicht mehr zu arbeiten. Und sie sind es leid, dass die einzigen vermeintlichen „Erfolge“ der Ampelregierung ihre einseitigen und rein **ideologisch motivierten, gesellschaftspolitischen Kampftemen**, wie

z.B. das **„Selbstbestimmungsgesetz“** oder die **„Cannabis“-Freigabe**, sind.

Besonders unverantwortlich ist auch die **Infragestellung des jahrzehntelang bewährten Kompromisses zum Schwangerschaftskonflikt**: Die aktuelle politische Situation zwischen Auflösung des Bundestages und Neuwahlen eignet sich meines Erachtens nicht, um noch kurzfristig, im bereits begonnenen Bundestagswahlkampf, die sensible Thematik des Schwangerschaftsabbruchs sachgerecht zu behandeln und abzustimmen. Für CDU und CSU gilt stattdessen: Die geltende Rechtslage mit **§ 218** bildet einen mühsam gefundenen gesellschaftlichen Kompromiss ab, der das Selbstbestimmungsrecht der Frau und den Schutz des ungeborenen Kindes berücksichtigt. Zu dieser Rechtslage stehen wir. Dieser vom Bundesverfassungsgericht ausdrücklich akzeptierte Kompromiss darf nicht leichtfertig aufgegeben werden, zumal ansonsten in dieser schwierigen ethischen Frage eine Polarisierung und unversöhnliche Spaltung droht, wie wir sie in verschiedenen anderen Ländern beobachten müssen.

Die Bürgerinnen und Bürger haben es nun durch ihren Wahlentscheid in der Hand, ob es mit CDU und CSU in einer neuen Bundesregierung in Europa und der Welt künftig wieder bergauf geht und Deutschland wieder ein verlässlicher Partner für seine Freunde in Europa und der Welt wird.

Eine solche **Regierung mit einem Bundeskanzler Friedrich Merz** kann es nach der Bundestagswahl nur geben, wenn die CDU am 23. Februar so stark ist, dass gegen uns keine Regierung gebildet werden kann. Und weil wir dieses große Ziel haben, lautet das Signal: Wir haben keine Stimme zu verschenken. An keine Partei. **Wir kämpfen deshalb für unsere Politik: Für die CDU. Und für die CSU in Bayern. Für das bestmögliche Ergebnis.** Wir gehen mit unserem gemeinsamen Wahlprogramm in diesen Wahlkampf und diskutieren nicht, mit wem wir koalieren und mit wem nicht.

Bei der nun vorgezogenen Bundestagswahl haben wir alle, die Wählerinnen und Wähler, die Chance, Deutschland wieder auf Kurs zu bringen. Es braucht jetzt eine stabile und handlungsfähige Regierung.

Deshalb am 23. Februar beide Stimmen für CDU oder CSU! Nur dann ist der Politikwechsel möglich, den unser Land so dringend braucht!

Gottes Segen! Ihr

Thomas Rachel MdB

Bundesvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU

Wir sind der Politikwechsel!

Dr. Carsten Linnemann MdB, Generalsekretär der CDU Deutschlands



Sehr geehrte Damen und Herren,

ich wünsche Ihnen ein frohes neues Jahr 2025!

In wenigen Wochen, am 23. Februar, sind die Neuwahlen zum Deutschen Bundestag.

Durch die intensive Programmarbeit der vergangenen drei Jahre sind wir als Union so stark aufgestellt wie selten zuvor. Deshalb bringen wir die besten Voraussetzungen für einen Politikwechsel mit. Entscheidend wird jedoch sein: Wir müssen ihn nach einem Wahlerfolg auch umsetzen. Dafür müssen wir den Wählerinnen und Wählern mutig sagen, was wir nach der Bundestagswahl am 23. Februar 2025 als Regierungspartei ohne Abstriche durchsetzen werden. Alle müssen wissen: Nur bei einem echten Politikwechsel kann es eine Koalition mit der Union geben. Ein Regieren um des Regierens willen wird es mit uns nicht geben. Konkret heißt das für die Wirtschafts- und die Innenpolitik:

Wirtschaft: Endlich wieder Wirtschaftswachstum!

1. Wir werden die arbeitende Bevölkerung und den Mittelstand mit einer großen Steuerreform entlasten, die wir in vier Schritten umsetzen. Fleiß muss sich wieder lohnen!
2. Wir werden den grünen Dirigismus der Habeck'schen Wirtschaftspolitik beenden. Ein erster Schritt ist, das Heizungsgesetz der Ampel wieder zurückzunehmen.
3. Wir werden wieder einen gerechten Sozialstaat schaffen. Das Bürgergeld muss abgeschafft werden und diejenigen, die arbeiten können, müssen auch arbeiten. Ansonsten gibt es keine Sozialleistungen.

Innere Sicherheit: Recht und Ordnung wieder durchsetzen!

1. Wir werden eine Null-Toleranz-Politik bei der Inneren Sicherheit durchsetzen. Das heißt, wir werden die Sicherheitsinteressen der Bevölkerung vor Datenschutzinteressen stellen. Dies gilt bei der Speicherung von IP-Adressen sowie für den Einsatz von Gesichtserkennung an Bahnhöfen und Brennpunkten zur Kriminalitätsbekämpfung.

2. Wir werden die illegale Migration stoppen. An der Grenze muss kontrolliert werden, wer in unser Land darf und wer nicht. Wer keine Berechtigung hat, wird an der Grenze zurückgewiesen.
3. Wer in unserem Land Schutz sucht, muss sich auch an Recht und Gesetz halten, sonst muss er unser Land wieder verlassen. Auch bei kleinen Straftaten wie zum Beispiel Ladendiebstahl und Sachbeschädigung muss nach einem „Warnschuss“ bei der zweiten vorsätzlichen Tatbegehung klar sein, dass das Aufenthaltsrecht zwingend erlischt.

Mit Friedrich Merz zu einer Politik des gesunden Menschenverstandes

Heute sage ich Ihnen verbindlich zu: Mit Friedrich Merz als Bundeskanzler wird es in Deutschland wieder eine Politik des gesunden Menschenverstandes geben. Denn nur so werden die Bürgerinnen und Bürger wieder Vertrauen in die Politik und in unseren Staat bekommen. Der verheerende Dauerstreit der Ampel-Parteien wird dann der Vergangenheit angehören.

Warum bin ich mir so sicher? Ich denke in Anlehnung an Max Weber: Deutschland braucht gerade in diesen polarisierenden Zeiten Politiker aus Berufung und eben keine Berufspolitiker. Diese Berufung hat Friedrich Merz.

Wir müssen unser Land wieder in Ordnung bringen!

Ich will der nächsten Generation einmal sagen können, dass es die CDU war, die Mitte der 20er Jahre das Land wieder in Ordnung gebracht hat. Wir haben als Land mit seinen tollen Menschen die besten Chancen und Möglichkeiten. Und deshalb können wir auch mit großer Zuversicht und viel Optimismus in die Zukunft blicken: Lassen Sie uns gemeinsam anpacken und dafür kämpfen, dass wir wieder stolz auf unser Land sein können.

**Auf geht's! Deutschland braucht den Politikwechsel!
Am 23. Februar bitte beide Stimmen für die Unionsparteien,
für CDU oder CSU!**



Intellektuelle Kompetenz und Sachverstand bleiben die zentralen Herausforderungen!

Interview mit Prof. Dr. Dr. h. c. Heinrich Oberreuter

EV: *Lieber Herr Prof. Oberreuter, Sie sind ein profunder Kenner der deutschen Parteienlandschaft, die sich in den letzten Jahren grundlegend verändert hat. Parallel zur Drucklegung dieser Januar/Februar-Ausgabe unseres Magazins gibt es nun einen eher seltenen, vorgezogenen Winter-Bundestagswahlkampf.*

War es nicht eigentlich von Anfang an absehbar, dass die recht heterogene Dreierkoalition aus SPD, Grünen und FDP vorzeitig scheitern musste? Was waren die Ursachen für das massive Scheitern dieses am Ende wohl unbeliebtesten Regierungsbündnisses in der gesamten Geschichte der Bundesrepublik Deutschland?

Oberreuter: Eigentlich erschien am Beginn die offensichtlich ernsthaft ins Auge gefasste Idee faszinierend, drei unterschiedliche programmatische Ansätze optimierend zusammenzuführen. Schließlich besitzt jede dieser Welt- und Problemsichten ihren realistischen Kern. Dazu hätte es allerdings des Willens und nicht zuletzt der Kompetenz bedurft, die damit verbundenen Komplexitäten zu sehen, zu begreifen und zu gestalten: offensichtlich eine politische wie intellektuelle Überforderung. Optimierung unterschiedlicher Gestaltungsperspektiven kann nicht gelingen, wenn drei verschiedene Akteure ihrer Identität ständig Vorrang einräumen. Und das obendrein in einer Zeit unvorhersehbarer Herausforderungen durch Corona und Putin. Im weit verbreiteten gesellschaftlichen Wohlgefühl war derlei nicht vorgesehen. Auf dessen Schwinden, die eigentliche Zeitenwende, gab es keine Antworten. Daher ließ sich schon im Sommer 2022, kaum dass sie installiert worden war, die Frage

stellen, ob die Ampel noch regierungsfähig ist. Mit der Berufung des Kanzlers auf seine Richtlinienkompetenz erfuhr sie schon im Herbst eine negative Antwort: Dissens statt Optimierung erforderte formale Disziplinierung in einem speziellen Fall. Grundsätzlich aber änderte sich an der partikularen Orientierung der Partner nichts. Der Bruch wäre schon früher gerechtfertigt und nützlich gewesen.

EV: *Was sind aus Ihrer Sicht die zentralen politischen Herausforderungen an die künftige Bundesregierung, die für die Stabilität und Zukunftsfähigkeit unseres Landes unbedingt gelöst werden müssen?*

Oberreuter: Intellektuelle Kompetenz und Sachverstand bleiben die zentralen Herausforderungen. Und da erneut eine Koalition – und höchstwahrscheinlich nicht ohne Partner aus der soeben zerbrochenen – zu bilden ist, stellt sich die Forderung nach der Optimierung von Lösungsstrategien über die Parteikerne hinaus noch nachdrücklicher. Denn mittlerweile bröckelt nicht nur die Zustimmung zur Mitte des Parteiensystems, sondern auch die Zuneigung zur Demokratie. Jenseits der üblich gehandelten praktischen Details geht es längst auch um politische Kultur und politische Psychologie. Beide lassen sich allerdings nur durch Verlässlichkeit und Sicherheit stiftende lebenspraktische Antworten stabilisieren: positive Antworten zu Wohlfahrt, innerer und äußerer Sicherheit wie auch zu den normativen und kulturellen Fundamenten von Gesellschaft und Staat. Sollte nicht auch wieder einmal stärker an die

Selbstverantwortung der Menschen erinnert werden, die der individuellen Freiheit, dem christlichen Menschenbild und somit der demokratisch-sozialstaatlichen Moderne zugehört?

EV: Themen wie die immer bedrohlicher werdende Weltlage, Russlands Vernichtungskrieg in der Ukraine und der durch den Hamas-Terror des 7. Oktober 2023 neu entfachte Nahostkonflikt, aber auch die nicht abbrechen wollenden massiven Migrationsströme nach Europa und Deutschland stehen nach wie vor im Mittelpunkt unserer politischen Debatten. Hinzu kommen Inflation und Kostenexplosionen, die bisher missglückte Energiewende, die insgesamt äußerst besorgniserregende Wirtschafts- und Haushaltslage Deutschlands sowie – nicht zu vergessen – der demographische Wandel.

Kommt es jetzt bei der anstehenden Bundestagswahl vor allem auch wieder stärker auf die politische Wirtschaftskompetenz einer künftigen Bundesregierung an – frei nach Jim Carvilles berühmtem Diktum: „It's the economy, stupid!“ (1992)?

Oberreuter: Ja. But it's not only the economy. Es ist schon erstaunlich, dass der Appell an stärkere Leistungsbereitschaft bei allem Respekt vor work life balance ziemlich laut geworden ist. Auf ökonomisch-professioneller Ebene entspricht dem die Beschwörung von Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit gemäß ehemals geleisteter Standards. Bei den C-Parteien offensichtlich deutet sich durchaus Kritik an einer Tendenz zum Verharren im Gewohnten und im Bequemeren an. Jenseits dessen ist angesichts des unverhältnismäßigen ökonomischen Niedergangs der letzten Jahre das entscheidende Erfolgskriterium der künftigen Bundesregierung ein neuer Aufschwung, den die stimmführenden Ökonomen ja fordern. Denn dieses Kriterium bestimmt Alltagsleben und Alltagssicherheit – und damit auch Zustand und Stabilität der politischen Kultur in den Dimensionen, welche die hier gestellte Frage anspricht. Gerade auch die internationale Lage verlangt erheblich Prosperität für haushaltspolitische Spielräume.

EV: Bismarck spekulierte während seiner Kanzlerschaft mit den Eisenbahnaktien, von denen er wusste, dass Preußen sie später aufkaufen werde. Adenauer als Kölner OB gründete u. a. die Messe, siedelte die Ford-Werke an und hatte selbst in den rheinischen Patrizieradel eingeheiratet. In wirtschaftlich unstillen Zeiten folgt nun womöglich wieder ein Bundeskanzler der Union, dessen Kompetenzen und Erfahrungshorizonte sich – sehr zum Glück! – gleichfalls nicht nur auf „Politik als Beruf“ (Max Weber, 1919) allein beschränken. Braucht es in diesen dramatischen Krisenzeiten nicht ganz dringend auch wieder einen wirklichen wirtschafts- und finanzkompetenten Bundeskanzler wie Friedrich Merz?

Oberreuter: Um es zu entpersonalisieren: Es bedarf exakt dieser Kompetenzen. Ihre mangelhafte Ausprägung verschuldet ja die aktuelle Situation, beginnend eigentlich schon seit der letzten großen Koalition. Ein Kanzler, der auch nach seiner Lebenserfahrung die bislang vermissten Kompetenzen repräsentiert, kann in der verzwickten Krisenlage am ehesten noch Optimismus stiften. Doch muss starke politische Führungskraft dazu treten, weil in der neuen Regierung die Zustimmung von Koalitionären zu gewinnen ist, die schon Koalitionäre der Ampel gewesen sind, in der sie ihrem eigenen Verständnis nach so gut wie nichts falsch gemacht haben wollen...

EV: Im Januar 2025 wird auch der neue Präsident der USA, Donald Trump, zum zweiten Mal vereidigt werden. Was bedeutet

diese zweite Amtszeit Trumps nun für die künftige Bundesregierung? Was bedeutet das für unsere Wirtschaft, für unser transatlantisches Bündnis sowie für die Sicherheitslage in Europa?

Oberreuter: Offensichtlich eine Destabilisierung der historischen Errungenschaften der Nachkriegszeit, wenn es Trump gelingen sollte, seine Ideen umzusetzen. Zumindest werden sich Turbulenzen und Konflikte auf mehr oder weniger allen relevanten politischen Themenfeldern entfalten. Aus der Geschichte sollten wir gelernt haben, wie problematisch die Annahme ist, es werde schon nicht so schlimm werden. Wir sind konfrontiert mit einer Art von größenwahnsinnigem ökonomischem Imperialismus – Panama, Grönland, Kanada –, mit Verachtung von Rechtsstaat, Demokratie und Wahrheit, mit hemmungsloser Manipulation der Kommunikation. Und offensichtlich bröckelt intern auch das einst beispielhafte System von checks and balances. Die Mehrheit der US-Gesellschaft scheint das hinzunehmen. Und nimmt die Faszination von strong man politics nicht auch weltweit zu? Zu welchem Zusammenspiel ökonomischer und zaristischer Größenwahn – bei allen Unterschieden – finden könnten, wissen wir noch nicht. Das transatlantische Bündnis interessiert Trump allein unter dem Aspekt nationalen Nutzens – in allen Dimensionen, wirtschafts- wie sicherheitspolitisch. Dabei ist sogar nachvollziehbar, dass er Europa die Rechnung für seine nachlässig finanzierte Verteidigung präsentiert – ein Thema in den USA schon Jahrzehnte vor Trump.

EV: Max Weber und Thomas Mann (*Betrachtungen eines Unpolitischen*, 1918) stehen ja, einmal rein politisch betrachtet, für ein bestimmtes klassisch-deutsches Milieu, das der Historiker Timothy Garton Ash (*It's the Kultur, stupid!*, 2017) einmal quasi als den notorischen Kern der deutschen Abgrenzungsmarken zum demokratischen Westen identifiziert hat. Demgegenüber setzten Konrad Adenauer und die Union aus CDU und CSU in der jungen Bundesrepublik Deutschland richtungsweisend sowohl die Wiederbewaffnung als auch die Westbindung Deutschlands durch. Haben wir das in „kultureller Hinsicht“ in Deutschland politisch womöglich schon wieder hinter uns gelassen? Feiert da in Deutschland – mit AfD und BSW – unter dem Deckmantel vermeintlicher Friedensbewegtheit und zur großen Freude des Kremls nicht wieder etwas politisch zutiefst Desolates und Unverantwortliches fröhliche Urständ?

Oberreuter: Freiheit durch Anbindung an den Westen über die nationale Frage zu stellen, war auch zu Adenauers Zeiten alles andere als unumstritten und nicht zuletzt unterstützt durch das Wirtschaftswunder erfolgreich. Unter kulturellen Eliten und Interessierten ist ein amerikadistanziertes Milieu nie ausgestorben: eine neue Kultur im Gegensatz zur klassischen, der die auch geografisch nahe russische natürlich zugehörte. Doch die Erklärung von Ash greift ein wenig kurz. Immerhin hat Thomas Mann sich von seinen „Betrachtungen“ schon während ihres Erscheinens distanziert und dann unter heftigen Anfeindungen mit diesem Milieu gebrochen: „Von deutscher Republik“, 1922. Im kalifornischen Exil ruft er geradezu leidenschaftlich den Sieg der Demokratie aus. Und überhaupt herrscht historisch in Deutschland nicht allein die obrigkeitstaatliche Orientierung. Die Aktualität erscheint mir kleingeistiger. Die Langzeitwirkung der an die genannten kulturellen Traditionen anschließenden offiziellen Russophilie im Osten von 1945 bis 1990 (und darüber hinaus) in „normalen“ Milieus sollte nicht unterschätzt werden. Aber spielt denn der die Menschen Jahrzehnte beherrschende Totalitarismus und seine Wiederauferstehung keine Rolle? Auch ist vielen das Nationale näher als das Supranationale, von dem

sie glauben, es schränke ihre eigenen Interessen ein. Komplexität überfordert offensichtlich alle. Aber sich ausgerechnet von Putin mehr und durch Entgegenkommen gar Friedfertigkeit zu erwarten, überschreitet die Grenzen zu Dummheit und Ideologie im Kontext eines allzu simplen Weltbildes. Mit Kultur lässt sich dieses politische Gefühl nicht begründen.

EV: *Vor 100 Jahren lehnte sich das geschlagene Deutschland an die damalige Sowjetunion (Rapallo, 1922) an und anschließend „rasten die apokalyptischen Reiter (der Hyperinflation) durch unser Land“ (1923). Nach einer Lesart brach zumindest das Letztere der bürgerlichen Gesellschaft in ihrer Breite nachhaltig das Rückgrat. Ist diese Inflationserfahrung und deren untergründige gesellschaftliche Auswirkungen eigentlich bis heute umfassend verstanden? Könnte nicht auch diese historische Parallele zu unserer heutigen Krisenzeit gezogen werden?*

Oberreuter: Die historisch unsägliche, Rückgrat brechende Weimarer Inflationserfahrung ist lange auch in der Bundesrepublik ein Schreckgespenst gewesen. Bei der Weltwirtschaftskrise wie bei der Eurokrise zur Merkelzeit deutete sich das noch an. Mir scheint, dass diese Geschichte im generationellen Wandel an ihre Ausstrahlungskraft in die Aktualität hinein eher verloren hat. Wir erleben derzeit auch keine dramatische Zuspitzung, sondern eine längere schleichende Kontinuität. Es brechen keine Konten zusammen und es bilden sich auch nicht Schlangen vor den Banken zur vermögenssichernden Abhebung von Bargeld. Wir erleben einen wesentlichen Anteil an Unzufriedenheit und Vertrauensverlust, einen Beitrag zur Stärkung der Radikalen, aber keinen Bruch des Rückgrats der Gesellschaft.

EV: *Bleiben wir noch kurz beim Thema „Ostpolitik“: Jüngst konstatierte Marko Martin anlässlich des Empfangs beim Bundespräsidenten zu 35 Jahre Mauerfall sehr treffend die Linie, dass wir allzu nachlässig auf die Freiheitsbewegungen in Polen, ČSSR, Ungarn und dem Baltikum eingehen. Auf die letzten drei Jahrzehnte betrachtet: Müssen wir uns eingestehen, dass unser deutscher Blick auf den Landkorridor zwischen Ostsee und Schwarzem Meer ein grundlegend falscher oder zumindest ein absolut unzureichender war?*

Oberreuter: Marko Martin hat Recht und er hat mit dem Herrn des Präsidialamtes dort ja auch einen wesentlichen Akteur dieser falschen Politik angesprochen. Unter Helmut Kohl erfuhren diese Staaten eine gänzlich andere Wertschätzung. Und den Anteil der genannten Freiheitsbewegungen am Zusammenbruch des kommunistischen Herrschaftsbereiches haben wir nie richtig gewürdigt, den deutschen vielleicht überschätzt, so wesentlich er natürlich war. Die deutsche Politik hat auch die durch ihre Erfahrungen geprägten Alarmsignale aus diesem Landkorridor zur Strategie Putins nicht ernst genommen – bis es zu spät war.

EV: *Friedrich Merz hatte anlässlich des Abschiedsbesuches des US-Präsidenten Joe Biden in Berlin, völlig zu Recht kritisiert, dass es dabei leider zu keinerlei Einbeziehung z.B. unseres östlichen Partnerlandes Polen gekommen sei. Nicht zuletzt mit dem US-amerikanischen Historiker Timothy Snyder („Bloodlands“, 2011) gewann die fast schon in notorischer Weise verengte Sicht des Westens auf die Gesamtgeschichte Europas, durch den Blick auf die entscheidenden historischen Anteile Osteuropas, wieder wesentliche Konturen und Perspektiven zurück. Aber hat dieser notwendige geschichtswissenschaftliche Perspektivwechsel bis dato eigentlich auch nachhaltige Folgen im politischen Bewusstsein unseres Landes gezeitigt? Nur ein Beispiel von vielen: Im*

Jahre 2023 verweigerte die Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten dem Verein „KGB-Gefängnis Leistikowstraße Potsdam“ eine Veranstaltung anlässlich des europaweiten Gedenktags „an die Opfer totalitärer und autoritärer Regime“ (23. August), auf der auch die lettische Botschafterin in Deutschland sprechen sollte. Was läuft da schief in unserem Bemühen um eine angemessene Erinnerungskultur in Deutschland, wenn die osteuropäischen Bezüge permanent und wie zuletzt auch beim Empfang des Bundespräsidenten unter den Tisch fallen?

Oberreuter: Die Formulierungen diese Frage tragen im Grunde und im Kern schon die zutreffenden Antworten in sich. Wir sollten den deutschen Beitrag zum weltpolitischen Wandel 1989/90 wirklich schätzen, aber nicht überschätzen! Und das Leiden jener Völker unter dem sowjetbeherrschten Ostblock ist unvergessliche geschichtliche Wirklichkeit. Ihr vielfach früh erwachter Widerstandsgeist ebenso, denken wir an Polen mit Solidarnosz, Ungarn mit der Grenzöffnung oder den Balkan mit der sich durch die drei Länder ziehenden Menschenkette. Es war ein supranationaler humanitärer und demokratieerpichter revolutionärer Prozess an dem Ostdeutschland seinen Anteil, von dem es aber auch seinen Profit hatte. Ohne diese Einsicht und durch sie geprägtes gedenkendes Verhalten ist Erinnerungskultur nicht ehrlich.

EV: *Als Bundespräsident Horst Köhler 2010 ein Hörfunk-Interview gegeben und darin gesagt hatte, im Notfall sei auch „militärischer Einsatz notwendig (...), um unsere Interessen zu wahren, zum Beispiel freie Handelswege“, sagte der damalige SPD-Parlamentsgeschäftsführer Thomas Oppermann, das Grundgesetz erlaube keine Wirtschaftskriege. Der Grünen-Fraktionschef Jürgen Trittin forderte Köhler sogar auf, seine Aussagen zu korrigieren: „Wir brauchen weder Kanonenbootpolitik noch eine lose rhetorische Deckschankone an der Spitze des Staates“. – Zugespitzt formuliert: Haben wir seitdem als Deutsche daraus eigentlich irgendetwas gelernt? Oder sind wir – vor dem Hintergrund der galoppierenden Krisen der neuen „Zeitenwende“ – jetzt endgültig als sicherheitspolitischer Trittbrettfahrer hart in der Realität aufgeschlagen? Was sagen diese und aktuelle Beispiele nicht nur über die außenpolitische Diskursqualität in Deutschland, sondern vor allem auch über die politische Handlungskompetenz im Jahre 2025 aus?*

Oberreuter: Köhler hat sich damals auf der Rückreise vom Besuch der UN-Mission der Bundeswehr in Afghanistan im Kontext eigentlich allgemein bekannter sicherheitspolitischer Maximen geäußert und ist missinterpretiert worden – abseits der Realität zeitgeistlich orientiert. Dabei war ihm die zeitgeschichtliche Last dieses Themenkreises vertraut, die Realität aber auch. Über diese sahen seine Kritiker hinweg. Natürlich sind wir, nach der Abschaffung der Wehrpflicht z.B., mittlerweile hart in der „Realität aufgeschlagen“, ohne dass es nicht auch nach wie vor noch deutliche Realitätsverweigerungen gäbe, wie ein Blick auf die Ränder des Parteiensystems aber auch ins Innere von Regierungsparteien zeigt. Manchen werden Diskurs und Maßnahmen zur Verteidigungsfähigkeit der Bundeswehr mehr durch Trump aufgezwungen als durch Einsicht. Die Unterstützung der Ukraine begann auf einem Niveau der Lächerlichkeit, verlief meist stolpernd und bleibt in ihrer Reichweite umstritten – hierzulande offenbar mehr als anderswo. Wir sind noch immer in einem sicherheitspolitischen Lernprozess, auch in einem Prozess der Konsensfindung realistischer Lagebeurteilung. Die neue Regierung wird sie jetzt finden müssen – und wie sehr ihr das gelingt, hängt nicht zuletzt von der Konstellation der

Koalition ab. Was würde sein, wenn die beiden Großmogulen aus Washington und Moskau ihren riskanten Konsens diktieren würden?

EV: *Inbesondere die Landtagswahlen in Thüringen, Sachsen und Brandenburg haben deutlich gemacht, wie stark sich die deutsche Parteienlandschaft derzeit verändert. Wie beurteilen Sie die großen Erfolge von AfD und BSW im Osten Deutschlands und was raten Sie den letzten verbliebenen Volksparteien CDU und CSU im Hinblick auf den Umgang mit den links- wie rechtspopulistischen und radikalen Rändern und Strömungen?*

Oberreuter: Die ostdeutschen Länder repräsentieren von 1990 an das moderne Wahlverhalten: Orientierung an den persönlichen Interessen und Einschätzungen jenseits klassischer Milieus, die in der DDR ja bewusst aufgelöst worden sind, sich im Westen seither schleichend auflösen. Im Osten sind damals über Nacht die Lebensbedingungen umgestürzt worden. Der ökonomische Notstand wurde nie hinreichend erklärt, ihn im Politbüro zur Kenntnis nehmen zu müssen, löste dort wütende Proteste aus. Die Verarbeitung des politischen Systems gestaltete sich zurückhaltend, um den Vereinigungsprozess möglichst wenig zu belasten. Und dass die erheblich lange Diktaturerfahrung der Gesellschaft in dieser Region seit 1933 samt ihrer Einbettung in das spezifische Geflecht des Ostblocks und seiner Deutungsmacht seit 1945 zu einer unterschiedlichen Prägung der politischen Kultur beiträgt, sollte nachvollziehbar sein. Kluge (Volks-)Parteien sollten zu nüchterner Analyse in der Lage sein und diese nicht Literaten oder gar Vertretern der alten Eliten überlassen. Und sie dürfen die argumentative Auseinandersetzung mit Populisten und Radikalen nicht scheuen. Vor allem aber müssen sie Antworten auf die realen Lebensbedürfnisse der Bürger anbieten können. Stellt sich 2025 neue Leistungsfähigkeit der Politik ein, wirkt sie auch in den Bundesländern.

EV: *In diesem Zusammenhang noch eine Frage, den gegenwärtigen Verwirklichungsstand der inneren deutschen Einheit betreffend: Aus der Regierungskommission zu 30 Jahre Deutsche Einheit ist als konkretes Ergebnis der Beschluss zum „Zukunftszentrum Deutsche Einheit und Europäische Transformation“ ergangen. Bis auf die Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) scheint sich aber niemand in der Union hiervon angesprochen, es bleibt allein den SPD-Kreisen um Matthias Platzeck überlassen. Verpasst die Union hier womöglich eine grundlegende strategische Weichenstellung, wenn sie sich dieses Themas nicht annimmt?*

Oberreuter: Ja, die Union würde eine grundlegende Weichenstellung verpassen, weil es in diesem Zentrum um eine wissenschaftlich begründete, angemessene Interpretation der Geschichte mit gesellschaftlicher Langzeitwirkung geht. Die Union müsste eigentlich das Interesse haben, ihre Leistungen in diesem zeitgeschichtlich einmaligen und höchst komplexen Prozess objektiv analysiert zu sehen. Aber das Interesse der Partei

an solchen Themen ist ohnehin nicht gerade brennend. In diesem Fall allerdings muss es brennen, wenn künftig etwa die weichenstellenden Leistungen Kohls nicht ähnlich relativiert werden sollen wie die Adenauers.

EV: *Letzte Frage: Was raten Sie den beiden Unionsparteien, CDU und CSU, auch über den unmittelbaren Ausgang der Bundestagswahl 2025 hinaus, damit sie ihren Volksparteistatus bewahren und womöglich auch wieder stärker ausbauen können? Welche Bedeutung spielt dabei aus Ihrer Sicht das „C“ im Parteinamen?*

Oberreuter: Nicht die Parteien schaffen sich eine Gesellschaft, sondern die Gesellschaft schafft sich Parteien. Die Tendenz zur „Gesellschaft der Singularitäten“ ist mitverantwortlich für die Segmentierung und Vervielfältigung im Parteiensystem, ebenso für die wachsende Fluidität des Wahlverhaltens. Es geht zunehmend um spezifische politische und soziale Interessen, die ihre Repräsentation suchen. Und es geht immer weniger darum, eine Vielzahl von Interessen und Themen unter einem interpretatorischen Dach kompromissorientiert zusammenzuführen. Genau dies ist klassisch das Kennzeichen einer Volkspartei, nicht die Höhe der Stimmzahl: Populisten oder wer auch immer mit segmentiertem Fokus werden auch mit 40 % definitiv nicht zur Volkspartei. Die Union, die diesen Typus traditionell verkörpert, wird es schwer haben, ihren Stand zu verteidigen, andererseits kann sie profitieren, wenn die Singularisten – fast wäre man versucht zu sagen: wie in der Ampel – drängende Probleme nicht lösen und die Allgemeinheit verunsichern. Das „C“ ist in seiner tiefen, umfassenden und gleichwohl pluralitätsoffenen, also nicht ideologischen, Wertorientierung eine treffliche Basis für ein integrierendes breites Angebot. Für sich allein wird es die Partei nicht in die Höhe reißen, zumal die Bedeutung des Christlichen in der Gesellschaft schrumpft. Die CSU hat sich programmatisch darauf verständigt, jeden willkommen zu heißen, der die grundlegenden säkularen Werte teilt. Stimmiges politisches Handeln schafft jedenfalls zusätzliche Attraktivität. Und über die Verbannung des „C“ aus dem Parteinamen muss man auch nicht nachdenken, wie jüngst einmal in der CDU geschehen.



Heinrich Oberreuter

lehrte Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin (1978–1980), an der Universität Passau (1980–2010) und als Gastprofessor am Dartmouth College (USA), an der Universität Eichstätt und an der Hochschule für Politik München. Von 1991–1993 war er Gründungsdekan für Geistes- und Sozialwissenschaften an der TU Dresden, von 1993–2011 Direktor der Akademie für politische Bildung Tutzing. Seit 2022 leitet er die Neuauflage des Staatslexikons. Er ist Mitglied der CSU.

Besuchen Sie uns auf facebook

Möchten Sie über die Arbeit des EAK der CDU/CSU auf dem Laufenden gehalten werden? Dann besuchen Sie den EAK auf seiner facebook-Seite.



Sie finden uns unter unserem Namen
„Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU“.





Deutschland neu aufstellen: In Freiheit leben

Dieter Hackler

Die selbsternannte „Fortschrittskoalition“ ist schon nach drei Jahren auseinandergebrochen. Aber in den beiden Unionsparteien, CDU und CSU, waren wir uns schon zu Beginn dieser Ampelkoalition aus SPD, Grünen und FDP sicher: Unser Land muss wieder einmal grundsätzlich neu aufgestellt werden. Das ist die Voraussetzung dafür, dass wir, unsere Kinder und Enkel auch in Zukunft in Freiheit leben können, dass Deutschland sicher in die Zukunft gehen kann!

Deutschland neu aufstellen ist mehr als nur ein Regierungswechsel! Friedrich Merz und Carsten Linnemann haben das mit der Vorlage des neuen CDU-Grundsatzprogramms, das der Bundesparteitag im Mai des letzten Jahres einstimmig verabschiedet hat, klar gemacht. Damit haben wir eine gute Grundlage für unser Wahlprogramm, das die Bürgerinnen und Bürger überzeugen wird, der CDU und der CSU ihre Stimme zu geben. Die Herausforderungen für unser Land sind gewaltig. Und ich bin sicher: Eine von CDU und CSU geführte Bundesregierung unter einem Bundeskanzler Friedrich Merz wird die Herausforderungen sachgerechten Lösungen zuführen.

Unsere Politik wird einen Rahmen setzen, in dem sich die Menschen sicher und frei bewegen und verwirklichen können. Wir wollen, dass diese Gesellschaft zusammenhält und die Menschen Chancen bekommen, die genutzt werden.

Wir stehen für eine Wirtschaft, die Wohlstand schafft für alle, für ein Deutschland, das nachhaltig und souverän ist. Wir

grenzen uns von denen ab, die den Himmel auf Erden versprechen und dabei falsche Wege einschlagen. Wir grenzen uns von allen ab, die unseren demokratischen Rechtsstaat, unsere Freiheit abschaffen wollen. Da kommt harte Arbeit auf die neue Regierung zu, aber auch auf die Bevölkerung. Dabei bin ich sicher, dass die Bürgerinnen und Bürger längst erkannt haben, dass der reine Versorgungsstaat ohne Leistung nicht zu finanzieren und zu organisieren ist. Neu aufstellen verlangt, sich auf die wesentlichen Staatsaufgaben zu konzentrieren und diese auch tatsächlich zu erfüllen – und das auch noch mit dem Geld, das die Steuerzahler zur Verfügung stellen. Es geht dabei nicht um Wahlgeschenke, um weitere kreditfinanzierte Ausgaben zu Lasten der nachfolgenden jungen Generation.

Die vornehmste Staatsaufgabe ist nun einmal die äußere Sicherheit. Diese zentrale Staatsaufgabe ist aus dem Bewusstsein der Bevölkerung nahezu getilgt worden – und das trotz öffentlich-rechtlicher Medien. Unsere freiheitliche Demokratie hat Anspruch auf Schutz. Sie darf nicht an die äußeren und inneren Feinde der Freiheit ausgeliefert werden – oder noch schlimmer – sich selbst ausliefern, wie es Sahara Wagenknecht vorschwebt (s. EAK-Wahlmonitor in diesem Heft auf S. 14).

Die äußere Sicherheit ist das erste Thema, das wir bearbeiten müssen. Hier haben wir uns von Putin und seinen Verstehern einlullen lassen, unsere Verpflichtungen gegenüber der Nato nicht erfüllt und die Landesverteidigung zugunsten der Fähigkeit zu Auslandseinsätzen aufgegeben. Damit konnte Putin

seinen Expansionskurs in aller Ruhe vorbereiten und umsetzen. Nicht einmal mehr Minister Pistorius konnte in der Ampelregierung das im Haushalt erreichen, was dringend notwendig ist. Ihm fehlt in diesem Haushaltsjahr das Geld, um junge Offiziere und Fachkräfte zu binden. Und im geplanten Haushalt für 2025 fehlen ihm weitere 6 Milliarden.

Die Bürgerinnen und Bürger müssen sich darauf verlassen können, dass wir zumindest im Kontext der Nato so verteidigungsfähig sind, dass kein Land der Welt sich traut, uns zu überfallen, oder unsere Regierung erpressen zu können. Landes- und Bündnisverteidigung ist die Kernaufgabe, die wir so schnell wie möglich erfüllen können müssen. Das wird viel Geld kosten und auch viel Personal erfordern. Aber wir brauchen eine starke, verteidigungs- und kampffähige Bundeswehr.

Wir müssen uns der tatsächlichen Weltlage stellen, die nach dem Überfall Russlands auf die Ukraine niemand mehr leugnen kann. In Russland agiert ein schamloser Diktator, der sein Reich erweitern will und kein „lupenreiner Demokrat“, wie es ein von ihm bezahlter ehemaliger Bundeskanzler behauptet. Wir haben die Augen zu lange vor der Wirklichkeit und ihren Gefahren für den Frieden und die Freiheit in Europa verschlossen und uns den sozialdemokratischen Sehnsüchten und Versuchungen folgend in die Arme von Herrn Putin begeben, anstatt auf unsere osteuropäischen Freunde und auf die Amerikaner zu hören.

Es ist gut, dass der Journalist Marko Martin auf Einladung des Bundespräsidenten, Frank Walter Steinmeier, diesem und der Öffentlichkeit vor Augen geführt hat, dass dieser als Außenminister eine naive Politik gegenüber Putin betrieben hatte, dass er Nord Stream 2 zu einer Grundlage der deutschen Energieversorgung machen wollte, dass er die Sorgen und Befürchtungen der Osteuropäer gegenüber Russland abgewiegelt hat.

Man muss sich in Erinnerung rufen: 2016 hat Steinmeier Nato-Manöver in Ostpolen als „Säbelrasseln“ bezeichnet. Und das zu einem Zeitpunkt, als Putin die Krim schon überfallen hatte und der Krieg in der Ostukraine schon im Gang war.

Es ist höchste Zeit, dass die Verstrickungen rund um Putin und die SPD aufgearbeitet werden, auch wenn manch ein Christdemokrat der SPD und Putin zu gern auf den Leim gegangen sein mag. Den Wutausbruch Steinmeiers gegenüber Herrn Martin kann ich verstehen. Er hat zwar seinen Fehler eingestanden – immerhin, aber die Verantwortung für den Fehler immer noch nicht auf sich genommen und so leidet er unter der Schuld, die er auf sich und Deutschland mit seiner verfehlten Russlandpolitik und seiner SPD geladen hat.

Machen wir uns aber nichts vor. Auch wir in der Union haben das Böse in der Welt nicht sehen wollen. Auch wir haben uns zum Teil etwas vorgemacht und vormachen lassen. Die Zeitenwende erfordert nun die Konzentration unserer Staatsausgaben auf das Feld der Sicherheitspolitik. Die Sicherung des Friedens in Freiheit ist die Kernaufgabe der Bundespolitik. Sie hat erste Priorität im Bundeshaushalt. Aber es geht nicht nur um Geld, es geht auch um kompetentes Personal. Wahrscheinlich werden wir ohne eine Wehrpflicht nicht auskommen – in welcher Form auch immer für Männer und Frauen.

Und natürlich müssen wir unsere Bündnisverpflichtung in der Nato erfüllen. Dazu gehört, dass wir den europäischen Pfeiler in der Nato stärken. Ich kann mich noch gut an meine Zeit als Bundesbeauftragter für Zivildienst (BfZ) erinnern. Immer wieder kam die These auf, dass wir von Freunden umzingelt sind. Trotzdem kam in der Union niemand auf die Idee die Landesverteidigung aufzugeben. Immer wieder wurde von Teilen der SPD, den Grünen und der FDP deshalb auch die Wehrpflicht in Frage gestellt.

Die SPD-Minister Scharping und Struck haben sie gegen alle Widerstände verteidigt, bis die Rutschbahn mit den

Verkürzungen der Wehrdienstdauer einsetzte und schließlich ein CSU-Bundesminister 2011 die Aussetzung der allgemeinen Wehrpflicht eingeleitet hat, obwohl die CDU sich noch 2007 in ihrem Grundsatzprogramm entschieden für die Beibehaltung der Allgemeinen Wehrpflicht wegen der Landesverteidigung ausgesprochen hatte.

Ein verhängnisvoller Schritt, der uns nicht nur in falscher Sicherheit hat leben lassen, sondern die Grundlagen der Landesverteidigung begraben hat. Ich habe in der damaligen Zeit nicht verstanden, warum wir nicht frühzeitig auf eine Europäische Armee und die Verteidigung im Nato-Bündnis gesetzt haben, wie es unter Helmut Kohl noch angedacht war. In diesem Zusammenhang hätte eine europäische Wehrpflicht einen großartigen Beitrag zum Zusammenwachsen der Jugend Europas leisten können.

Zur Betrachtung der Wirklichkeit unseres Landes gehört ein zweites großes Thema: Die Migrationspolitik. Die Belastungsgrenzen sind in vielen Städten und Gemeinden mehr als überschritten. Aber auch unsere Haushaltsmittel sind begrenzt. Es kann nicht sein, dass unter Berufung auf das Grundrecht auf Asyl jedermann einfach nach Deutschland kommen und hierbleiben kann. Es kann auch nicht sein, dass Menschen, die bei uns Asyl suchen und in unserem Land bleiben wollen, nicht sofort unsere Sprache und unsere Kultur erlernen. Nur so kann Integration in unsere Gesellschaft und in den Arbeitsmarkt gelingen.

Im Rahmen der Ausgaben- und Aufgabenkritik, die dringend vorgenommen werden muss, muss festgelegt werden, was wir uns leisten können und was wir leisten müssen in diesem Kontext. Wir sollten dabei auch im Blick haben, dass die Flüchtlingsbewegung nach Europa auch im Interesse Putins liegen könnte. War nicht er es, der Syrien gnadenlos bombardiert hat? Wir haben uns mit Flüchtlingen und Integration beschäftigt, während er gnadenlos den Krieg führte und den Überfall auf die Ukraine vorbereitete.

In jedem Fall gilt: Die Außengrenzen der EU müssen besser geschützt werden. Europa und seine Bürger müssen wissen, wer über unsere Grenzen kommt, wer sich bei uns aufhält und wer uns wieder verlässt. Wir müssen zwischen Schutzbedürftigen und Nicht-Schutzbedürftigen unterscheiden können. Beim Asyl darf nicht das Recht des Stärkeren gelten.

Das dritte Thema ist der Schutz der Bevölkerung vor Straftaten und Terroranschlägen im Inneren. Die zweite Kernaufgabe des demokratischen Rechtsstaats ist es, ein Leben in Freiheit und Sicherheit zu gewährleisten, sowie Recht und Gesetz durchzusetzen. Unsere Sicherheitsbehörden in Bund und Ländern brauchen technische Ausstattung und Möglichkeiten und Personal und Befugnisse, um ihre Aufgaben wahrnehmen zu können. Wir sind internationaler Kriminalität ausgesetzt. Hier muss in Zusammenarbeit mit unseren Nachbarländern gezielt gemeinsam vorgegangen werden.

Kinderschutz ist wichtiger als Täterschutz und Datenschutz. Das Geschäft mit dem sexuellen Missbrauch vor allem von Kindern muss unterbunden werden. Hier ist die Vorratsdatenspeicherung unbedingt angezeigt.

Was mich besonders bekümmert, dass Judenhass und Antisemitismus in unserem Land wieder Platz gefunden haben. Was ist los in unserem Land, dass jüdische Einrichtungen unter Polizeischutz gestellt werden müssen? Sind wir denn wirklich von allen guten Geistern verlassen? Den Einfluss des politischen Islams müssen wir auf null reduzieren. Auch religiöser Extremismus darf keinen Raum in unserem Land haben.

„Wir müssen uns der tatsächlichen Weltlage stellen.“

Das vierte Thema: Wir brauchen Bürokratieabbau. Das ist eine große und komplexe Querschnittsaufgabe. Dazu gehört m.E. zuallererst, dass auch eine neue Regierung mit gutem Beispiel voranzugehen hat und z.B. alle Stellen von Beauftragten der Bundesregierung auf den Prüfstand müssen. Vor allem dann, wenn sie zugleich Abgeordnete sind. Die Verquickung von Bundesregierung und Parlament sollte deutlich begrenzt werden. Dass der Deutsche Bundestag seine Aufgaben auch mit gut 500 Abgeordneten erfüllen könnte, ist nur eine Randnotiz. Hier ist allerdings das Parlament selbst gefordert, die richtigen Wege zu beschreiten. Und dies sollte gemeinsam von Regierungs- und Oppositionsfraktionen geregelt werden. Und um zum Bürokratieabbau wesentlich beitragen zu können, bedarf es aus meiner Sicht einer Aufgabenkritik in der Bundesregierung unter Federführung des Bundesrechnungshofes (BRH). Wir haben einen unerträglichen Stellenaufwuchs in den Bundesministerien. Bis 2007 mussten noch jährlich 1,5 % der Stellen eingespart werden, alle Einsparungen seit 1990 sind inzwischen wieder kompensiert. Die Zahl der Abteilungen, Unterabteilungen und Referatsleitungen in den Ressorts wurde deutlich erhöht, die Leitungsbereiche in den Ressorts überdimensional aufgebläht, so dass Entscheidungsabläufe kaum noch nachvollziehbar sind.

Ein weiteres zentrales Thema befasst sich mit uns und unserem Staatsverständnis. „Wir sind das Volk“ wurde sympathisch bei den Demonstrationen in der DDR gerufen. Und dieser Satz gilt auch für uns. Wir wollen in Freiheit und Verantwortung leben. Das heißt aber auch: Wir tragen Verantwortung für diese Gesellschaft und unseren Staat. Wir haben uns an einen rundum sorglos verwöhnenden Staat gewöhnt. Das ist fatal. Wir nehmen Leistungen in Anspruch, ohne zu wissen, was sie kosten. Wir fordern Leistungen ein und wollen sie nicht bezahlen. Mit solchen Bürgern und Bürgerinnen ist kein Staat zu machen. Wichtig ist, dass unsere Gesellschaft wieder erkennt, dass die Arbeit zum Leben gehört, dass die Leistungsbereitschaft aller ein gutes gesellschaftliches Miteinander ermöglicht. Gerade angesichts des demographischen Wandels und der fehlenden Fachkräfte sind Ideen, wie „Weniger-Arbeiten“ und Vorruhestandsregelungen ein Hinweis auf Entsolidarisierungsprozesse in unserer Gesellschaft. Es mag in Ordnung sein, sich ein Medizinstudium bezahlen zu lassen, aber anschließend nur halbtags zu arbeiten, ist vielleicht doch fragwürdig. Das Wort von der „Work-Life-Balance“ hat uns in die Irre geführt.

Die Arbeit ist kein Gegensatz zum Leben. Sie gehört fundamental zum Leben dazu. Arbeit gehört zur Entfaltung der Persönlichkeit. Sie ist Ausdruck von Teilhabe und menschlicher Würde. Aber Arbeit muss sich lohnen. Dabei meine ich nicht nur die Erwerbsarbeit. Auch die Arbeit in Vereinen, in der Familie und ihm Ehrenamt.

Wehleidigkeit und Bequemlichkeit sind keine Staatsziele. Die Generation unserer Eltern und Großeltern hatten eine sechs Tage Woche und 48 Wochenstunden. Und dann kam die Hausarbeit ohne Maschinen. Und die Urlaubstage waren deutlich niedriger. Wir brauchen einen Ruck, wie Roman Herzog ihn gefordert hatte, durch die Bevölkerung zu mehr Leistung, damit wir unseren Staat nach vorne bringen. Jeder und jede muss mehr leisten, wenn wir unseren Wohlstand auch in Zukunft erhalten wollen. Wir können den Fachkräftemangel laut beklagen, aber wir können auch selbst überlegen, wie wir uns stärker einbringen. Hier müssen Anreize geschaffen werden. Wir brauchen natürlich Fachkräfte aus Europa. Toll, dass dies heute so gut funktioniert innerhalb der EU. Fachkräfte weltweit anzuwerben, ist gut. Dafür brauchen wir gesteuerte Einwanderung. Zuwanderung in unsere Sozialsysteme kann nicht unser Ziel sein. Sie muss beschränkt werden, auf das, was notwendig und geboten ist.

Nicht der Jugend vorschreiben, was sie tun muss, selber tätig werden, freiwillig eine Stunde – vielleicht sogar ohne zusätzliches Gehalt – pro Woche mehr arbeiten, von der Teilzeit in die Vollzeit wechseln. Und natürlich freiwillig länger arbeiten. Deutschland ist nie ein Freizeitpark gewesen, sondern im positiven Sinn ein Beispiel für Tüchtigkeit und Fleiß. Nur damit können wir unseren Wohlstand halten und unseren Kindern und Enkeln eine gute Zukunft geben.

Zum letzten Thema. Wir haben dank Adenauer/Kohl und Kater/Blüm ein hervorragendes System der sozialen Sicherung in Deutschland. Rentenversicherung, Krankenversicherung, Arbeitslosenversicherung und Pflegeversicherung. Die Einnahmen für diese Versicherungen fressen die Löhne bald auf. Arbeit wird immer teurer. Die Aufwendungen von Arbeitnehmern und Arbeitgebern für Sozialversicherungen müssen daher begrenzt werden. Sie können auch nicht durch Steuergelder ersetzt werden. Die Ausgaben der Rentenkassen, der Krankenkassen und Pflegekassen müssen auf den Prüfstand. Durch Anheben der Beitragsbemessungsgrenzen wurden die tatsächlichen Kostensteigerungen immer wieder verdeckt. Nur wenn der Zusatzbeitrag in der Krankenkasse steigt, merken wir, dass es wieder teurer geworden ist. Durch die andauernden Erhöhungen der Ausgaben für Pflege und die Pflegeversicherung stabilisieren wir ein System, das nicht zukunftsfest und wahrscheinlich nicht an den Bedarfen der Menschen orientiert ist.

Und schließlich muss das Bürgergeld reformiert werden. Die Ausgaben laufen der jetzigen Regierung schon davon. Es fehlen die Anreize zur Arbeitsaufnahme. Der Grundsatz von Fordern und Fördern muss wieder gelten. Wir brauchen eine Steuerreform für unsere Wirtschaft. Wir müssen die Energiekosten in den Griff bekommen, unsere Wirtschaft und Europa stärken, und wir müssen zur Haushaltswahrheit und zu Haushaltsklarheit wieder zurückkommen, wir müssen Vorsorge für Gewährungen in der Zukunft treffen. Die um sich greifende Subventionspolitik muss begrenzt werden. Die letzten Wochen und Monate haben gezeigt, dass es nicht funktioniert.

Ich habe nur ein paar Themen angesprochen. Aber es ist deutlich geworden, dass harte Arbeit vor uns liegt, wenn wir unser Land sicher in die Zukunft führen wollen.

Wer sollte es außer uns tun? Wir stehen für den notwendigen Politikwechsel!

Das müssen wir den Menschen in unserem Land klar sagen. Wir brauchen das Vertrauen von möglichst vielen Bürgerinnen und Bürgern.

Darum ist es richtig, dass wir auch ehrlich und selbstkritisch auf das Eigene blicken. Aber wir haben aus unseren Fehlern gelernt. Wir sind mit Friedrich Merz an der Spitze von Partei und Fraktion wieder bestens aufgestellt. So können wir zuversichtlich und engagiert in den Wahlkampf ziehen und bis zum letzten Tag um jede Stimme kämpfen, für die CDU und die CSU in Bayern!

Gekürzte und redigierte Fassung des Vortrages bei der Senioren-Union Bad Godesberg der CDU vom 03.12. 2024



Dieter Hackler

ist ev. Theologe und Pfarrer i. R. Er war in der Nachfolge von Peter Hintze Bundesbeauftragter für den Zivildienst und von 2006 bis 2014 Ministerialdirektor im Bundesfamilienministerium. Jahrzehntlang war er Mitglied im EAK-Bundesvorstand und auch stellvertretender EAK-Bundesvorsitzender.

Sie haben die Wahl!

EAK-Wahlmonitor zur Bundestagswahl am 23. Februar 2025

Dafür steht die Union als Volkspartei der Mitte:



- Für einen klaren und entschiedenen Politikwechsel, der unser Land nach den drei desolaten und verlorenen Jahren der Ampelregierung aus SPD, Grünen und FDP wieder aus der gegenwärtigen Stagnation, Wachstumskrise und gesamtwirtschaftlichen Lähmung herausführt.
- Für einen Aufbruch unserer Wirtschaft, der mit neuer Freiheit wieder die Kräfte und Potentiale weckt, die notwendig sind, um Deutschland wieder an die Spitze zu führen – dort, wo wir als große Industrie- und Innovationsnation hingehören.
- In Verantwortung für unsere Schöpfung und unsere natürlichen Lebensgrundlagen treten wir ein für eine Klima-, Umwelt- und Energiepolitik aus einem Guss und mit Herz, Sinn und Verstand. Durch eine vernünftige, realitätsgerechte und zugleich verantwortliche Energie- und Klima Politik, die eine wirklich zukunftsfeste Energiewende herbeiführt, weil sie nicht ideologiegetrieben ist, sondern auf die Funktionsfähigkeit unserer Sozialen Marktwirtschaft setzt: Energie muss wieder bezahlbar und verlässlich sein. Bürokratie muss abgebaut werden. Das Heizungsgesetz der Ampel muss abgeschafft werden: Statt bürokratisches Hineinregieren in den Heizungskeller kommt die Förderung technologieoffener, emissionsarmer Wärmelösungen.
- Für Wohlstand für alle: Durch einen starken und gerechten Sozialstaat, in dem sich Arbeit wieder lohnt und in dem das Prinzip „Fordern und Fördern“ wieder gilt: Mehr Netto vom Brutto für alle, die hart und ehrlich arbeiten und Ersetzung des sogenannten „Bürgergeldes“ durch eine wirklich zielgerichtete neue Grundsicherung. Für die spürbare Entlastung der horrenden staatlichen Abgabenlast: Sowohl bei Bürgern mit mittleren und kleinen Einkommen als auch beim Mittelstand, bei Unternehmen und Leistungsträgern in unserem Land, die bereits jetzt den Großteil der Lasten zu tragen haben, die Arbeitsplätze schaffen und die in überproportionaler und herausragender Weise dafür sorgen, dass die Funktionstüchtigkeit unseres Sozialstaates erhalten bleibt.
- Für gesellschaftlichen Zusammenhalt und eine verantwortliche, umsichtige, alle Bürgerinnen und Bürger und alle gesellschaftlichen Gruppen zusammenführende und ausgleichende Politik auf der Basis unseres Verständnisses von gemeinsamer Leitkultur, die auf dem Christlichen Menschenbild und den christlichen Wertgrundlagen fußt.
- Für eine verantwortliche Migrationspolitik mit Maß und Mitte und im Zeichen von Humanität und Ordnung: Z.B. durch die Neujustierung des europäischen Asylrechtes, durch den Stopp der illegalen Migration, durch konsequente Kontrollen und gegebenenfalls auch Zurückweisungen an der deutschen Staatsgrenze, durch beschleunigte Asylverfahren und Zurückführungen, Ausweitung der sicheren Herkunftsländer, Beendigung aller freiwilligen Aufnahmeprogramme und Aussetzung des Familiennachzuges bei subsidiär Schutzbedürftigen sowie eine angemessene Reform der Sozialleistungen für Asylbewerber, von denen keine zusätzlichen Anreizwirkungen für illegale Migration mehr ausgehen.
- Für einen starken Staat, der innere wie äußere Sicherheit garantiert und eine wehrhafte Demokratie, die sich – ohne Ausnahme – klar und deutlich gegen jede Form von Radikalismus und Extremismus abgrenzt. Für die Durchsetzung von Recht und Ordnung und eine Null-Toleranz-Strategie, die Polizei und Strafverfolgungsbehörden die nötigen Mittel und Befugnisse verschafft, die sie benötigen, um ihre Arbeit zum Wohle unserer inneren Sicherheit machen zu können: Z.B. durch beschleunigte Strafverfahren, durch Ausweitung der Videoüberwachung an Kriminalitätsbrennpunkten und Gefahrenorten und zur Verpflichtung der Internetanbieter zur Speicherung von IP-Adressen. Wir schaffen das „Cannabis-Gesetz“ der Ampel wieder ab. Wir treten politisch jeder Form von Rassismus, Fremdenhass, Antisemitismus oder Diskriminierung von Menschen entschieden entgegen.
- Für die besondere Förderung von Ehe, Familie und Kindern und für den Schutz des menschlichen Lebens und seiner unantastbaren Würde vom Anfang bis zum Ende. Wir wollen die Elternrechte stärken und den Kinder- und Jugendschutz: Die Änderung von Geschlechtseintrag und Vornamen ohne Gutachten, Beratung und gerichtliche Entscheidung („Selbstbestimmungsgesetz“) lehnen wir grundsätzlich genauso ab wie operative geschlechtsangleichende Eingriffe vor der Volljährigkeit. Auch der Paragraph 218 muss bleiben: Die geltende Rechtslage zum Schwangerschaftskonflikt bildet einen mühsam errungenen Kompromiss, der zur Befriedung dieser Frage seit Jahrzehnten beigetragen hat, weil er sowohl das Selbstbestimmungsrecht der Frau als auch den Schutz des ungeborenen Kindes berücksichtigt.



- Wir treten ein für die Bewahrung unserer christlichen Traditionen. Deutschland ist geschichtlich, kulturell und werthemäßig tief vom christlichen Glauben geprägt. Die Kirchen leisten einen unverzichtbaren Beitrag für Bildung, Gemeinwohl und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Wir bekennen uns zum Erhalt der christlichen Feiertage, der Sonntagsruhe und des Religionsunterrichtes an den öffentlichen Schulen. Auf der bewährten Basis des deutschen Religionsverfassungsrechtes fördern wir die bewährte Kooperation von Kirche und Staat und achten die freiheitlichen Selbstbestimmungsrechte von Kirchen und allen anderen Religionsgemeinschaften. Insbesondere der Schutz des jüdischen Lebens in Deutschland liegt uns am Herzen.



- Für den weltweiten Einsatz für Religionsfreiheit, Demokratie und universale Menschenrechte sowie eine verantwortliche Entwicklungspolitik. Wir stehen zu den westlichen Werten und den Verpflichtungen unseres westlichen Verteidigungsbündnisses (NATO) und treten für das Existenzrecht Israels ein. Wir stehen fest an der Seite der Ukraine, denn die Ukraine verteidigt auch unsere Freiheit in Europa gegen den völkerrechtswidrigen Aggressor Russland. Wir unterstützen die Ukraine deshalb mit allen erforderlichen diplomatischen, finanziellen und humanitären Mitteln sowie Waffenlieferungen. Die Sanktionen gegen Russland erweitern wir zielgerichtet und engmaschig. Der EU-Beitritt liegt im sicherheits- und geopolitischen Interesse Deutschland und Europas. Wir treten ein für eine starke Europäische Union (EU) und ein freiheitlich-demokratisches Europa, in dem auch Deutschland seinen Beitrag zur notwendigen gemeinsamen Verteidigungsfähigkeit leistet.

Dafür stehen Bündnis 90/Die Grünen:

- Was im Hinblick auf die fehlende Selbstkritik der SPD angesichts der katastrophalen Regierungsbilanz der Ampelregierung zu sagen ist (s. S. 13), gilt entsprechend auch für Bündnis 90/Die Grünen. Bei den Grünen kommt nur zusätzlich das Narrativ der Schuldzuschreibung an die Vorgängerregierungen noch klarer zum Zuge („Nachdem die Große Koalition das Land fast zwei Jahrzehnte kaputtgespart hat, haben wir in der Bundesregierung die Trendwende eingeleitet“).
- Weite Teile des Programms lesen sich ansonsten, als ob wir derzeit nicht in einer der größten wirtschaftlichen und sozialen Krisen der deutschen Nachkriegsgeschichte stecken würden. Auch die Grünen haben im Grunde genommen nur Erfolge vorzuweisen und setzen – wie die SPD – stur auf „Weiter-so“ („Wir halten Kurs“). Die enge programmatische Nähe der beiden linken Parteien SPD und Bündnis90/Die Grünen wird im Vergleich beider Programme an vielen Stellen deutlich. Einig ist man sich z.B. im Vorhaben, die Schuldenbremse zu „reformieren“ (d.h.: in der jetzigen Form schlichtweg abzuschaffen!), um weitere Gelder für angebliche Zukunftsinvestitionen zur Verfügung zu haben (z.B. Einrichtung eines „Deutschlandfonds“), sprich: weiter massiv auf die Verschuldung Deutschlands setzen zu können. Auch mit den Grünen feiert insofern der klassisch-linke Staatsdirigismus fröhliche Urständ.
- Der entscheidende Unterschied zur SPD ist nur der ideologisch noch bestimmtere klimapolitische Zungenschlag: Dem obersten Ziel der Erreichung der strengen Klimaschutzziele (bzw. der „Klimagerechtigkeit“) werden im Grunde genommen fast alle übrigen Politikbereiche untergeordnet.
- Die massiven Verwerfungen durch illegale Zuwanderung und anhaltende Migrationskrise, unter denen die Kommunen in Deutschland in die Knie gezwungen werden, finden im sauber durchgegenderten Wohlfühl-Programm der Grünen nur beiläufig und allenfalls am Rande statt. Man muss es klar benennen: Ein grundlegendes Umdenken oder wenigstens pragmatisches Umsteuern ist hier nicht im Entferntesten erkennbar. Die Zeichen stehen weiter einseitig auf „Willkommenskultur“, die Grundbotschaft lautet: „Deutschland ist und bleibt ein Einwanderungsland. Einwanderung ist (!) Teil unserer gesellschaftlichen und ökonomischen Stärke.“ Auch hier wird – jenseits der bedrückenden Realitäten und dem Erstarken der radikalen Ränder – einfach weiter auf „Kurs halten“ gesetzt, denn schließlich gilt das linke Dauer-Credo: „Deutschland ist ein wohlhabendes Land“.
- Im Übrigen finden sich natürlich auch wieder die klassischen Themen und gesellschaftspolitischen Projekte der Grünen: Tempolimit in den Kommunen (30 km/h) und auf den Autobahnen (130 km/h), „fairere Erbschaftssteuer“, „nationale Vermögenssteuer“ (im Gegensatz zur SPD hier mit zwei ‚s‘ geschrieben), „globale Milliardärssteuer“, „Aufarbeitung der deutschen Kolonialvergangenheit“, „Aktionsplan gegen Islamfeindlichkeit“, Bekämpfung von „Antiziganismus“, „Recht auf Zugang zu sicheren und legalen Schwangerschaftsabbrüchen (...) außerhalb des Strafrechtes“ (§ 218) und zu guter Letzt: „Familie ist, wo Menschen füreinander Verantwortung übernehmen“!

Dafür steht die SPD:

- Die von der SPD geführte Ampelregierung ist auf ganzer Linie gescheitert. Das Wahlprogramm der Sozialdemokraten (mit dem bezeichnenden Titel „Mehr für Dich“) zieht daraus jedoch keinerlei selbstkritische Schlüsse, sondern macht einfach ungerührt so weiter wie bisher.
- Angriff nach vorn lautet die Parole. Auserkorener Hauptgegner ist dabei offensichtlich die Union, die die SPD mit zum Teil unlauteren Mitteln und diffamierenden persönlichen Attacken auf Kanzlerkandidat Friedrich Merz frontal angreift. Frei nach dem Motto: Was kümmert uns als SPD, dass wir gerade eine „Vereinbarung zu einem fairen Bundestagswahlkampf“ unterschrieben haben? Da fragt eine Manuela Schwesig beispielsweise auf dem Parteitag vom 11. Januar dieses Jahres: „Wer soll unser Land führen? (...) Wer kann verbinden und Kompromisse schmieden, Scholz oder Merz – Brückenbauer oder Spalter?“ Und im SPD-Wahlprogramm werden – schwarz auf weiß und zutiefst wahrheitswidrig – „fake news“ über die Programmatik von CDU und CSU verbreitet. „Sie (sc. CDU/CSU, C.M.) macht deutlich, dass sie für eine Politik der Ausgrenzung steht. Mit ihrem Festhalten an veralteten Vorstellungen gefährdet die Union so den sozialen Frieden und stellt sich gegen die moderne Gesellschaft, die auf Zusammenhalt, Vielfalt und Chancengerechtigkeit basiert“ (S. 51). Das ist schon ziemlich böse und man kann nur hoffen, dass die Wählerinnen und Wähler das am 23. Februar an der Wahlurne auch als das durchschauen, was es ist, nämlich der letzte verzweifelte Versuch, sich, trotz unterirdischer Politikbilanz und dramatischer Umfragewerte, doch noch politisch an der Macht zu halten! Wer jedoch wie die SPD in den letzten Jahren gezeigt hat, dass sie nicht imstande ist, Deutschland gut zu regieren, dem fällt wohl nichts weiter ein, als in dieser unsachlichen und herabwürdigenden Art und Weise mit dem politischen Haupt-Konkurrenten und Mitbewerber umzugehen. Besonders unglaublich, wenn dieselbe SPD gleichzeitig nicht müde wird, immer wieder stolz ihren ununterbrochenen Kampf gegen „Fake News, Hass und Hetze“ (S. 38) zu betonen.
- Die Wahlkampfstrategie der SPD fußt auf den folgenden wesentlichen Elementen: Diffamierungen und schmutzige Attacken gegen die Person des CDU/CSU-Kanzlerkandidaten Friedrich Merz, das Schüren von sozialen Abstiegsängsten (Sozialabbau und „Rentenkürzungen“) in Verbindung mit den immergleichen, leeren und von ihr selbst komplett uneingelösten Wohlfahrtsversprechungen und die Fortführung des klassischen SPD-Schlingerkurses in der Verteidigungspolitik und bei der notorisch halbherzigen Unterstützung der Ukraine gegen Russland, die noch als friedenspolitische Besonnenheit verbrämt wird (Olaf Scholz: „Vorsicht an der Bahnsteigkante“!).
- Das Wahlprogramm der SPD kann man von seiner inhaltlichen Substanz her recht kurz zusammenfassen: An der Pleitebilanz der Ampelregierung ist die SPD, der eigenen Lesart zufolge, nicht im Geringsten selbst schuld, sondern immer nur andere – andere Parteien, die FDP oder die Opposition, oder eben die allgemeine krisenvolle Weltlage. „Mehr für Dich“ heißt im Grunde genommen „Mehr von allem und für alle“! Das SPD-Programm ist ein einziges Füllhorn an wunderbarsten Sozialstaatsversprechungen und -verheißungen: „Wir wollen, dass mehr bezahlbare Wohnungen gebaut werden“, „den Arbeitsmarkt nachhaltig stärken“, „Wir wollen, dass Bildung in Kita und Schule (...) gelingt“, „Modernisierung unserer Infrastruktur“, „guten Lohn für alle“, „bezahlbare Lebensmittelpreise“, „eine stabile Rente für alle Generationen“, ein „Gesundheitssystem, in dem alle den gleichen Zugang zu gleicher Qualität haben und das keinen finanziell überfordert“, „Pflegeangebote sichern, Pflegekosten deckeln“, „15 Euro Mindestlohn“, „Senkung der Mehrwertsteuer für Lebensmittel auf fünf Prozent“ und die „Kaufkraft der Menschen“ stärken.
- Da nichts von all dem, was zum Großteil schon 2021 im alten Wahlprogramm stand, von der SPD seitdem auch nur ansatzweise umgesetzt worden ist, und das bei einem gegenwärtigen Höchststand sowohl an Sozialausgaben als auch Neuverschuldungen („Sondervermögen“), laufen diese sozialpolitischen Traumschlösser in Wirklichkeit nur auf eines hinaus, nämlich noch mehr Staatsverschuldung (Abschaffung der Schuldenbremse, ein neuer sog. „Deutschlandfonds“ für die notwendigen Zukunftsinvestitionen, etc.) noch mehr Abgaben und Steuern („der Solidaritätszuschlag hat sich bewährt“, „Die Erbschaft- und Schenkungssteuer“ in ihrer heutigen Form ist nicht gerecht“, Revitalisierung der „Vermögensteuer“, etc.), noch mehr Bürokratie und Auflagen, noch mehr Umverteilung und noch mehr Lasten und ungedeckte Checks für die kommenden Generationen.
- Schließlich will die SPD „Bürgerräte als festen Bestandteil unserer Demokratie“ sowie das „Demokratiefördergesetz“ etablieren, „Schwangerschaftsabbrüche entkriminalisieren (...) und zu einem Teil der medizinischen Grundversorgung machen“ und die „feministische Außen- und Entwicklungspolitik“ fortführen.

Dafür steht die FDP:

- Falls es die FDP wieder in den Bundestag und obendrein wieder zu hinreichender politischer Stärke finden sollte (was derzeit noch mehr als fragwürdig erscheint), wäre sie – aus der rein reform- und wirtschaftspolitischen Perspektive heraus – natürlich nah bei der Union.
- Wirtschafts- und finanzpolitisch steht die FDP nah beim Programm der Union: Bürokratieabbau („sofortiges dreijähriges Moratorium für Bürokratie“, „Bürokratiebremse im Grundgesetz“, Abschaffung „bürokratischer EU-Rechtsakte in Brüssel“), „Ein Steuersystem, das Leistung und Investition belohnt“ („Der Spitzensteuersatz darf künftig nur noch von Menschen gezahlt werden, die auch wirklich spitzenmäßig verdienen und nicht schon von der Mitte der Gesellschaft“, „den Solidaritätszuschlag vollständig abschaffen“), „Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) sowie Familienunternehmen entlasten“, „Absenkung der Unternehmenssteuerbelastung auf 25 Prozent“, Senkung der Körperschaftssteuer, Vermeidung von Doppelbesteuerungen und „Einhaltung der im Grundgesetz verankerten Schuldenbremse“ als „zentrales Gebot der Generationengerechtigkeit“, „keine Schulden auf europäischer Ebene“, „weniger Subventionen und mehr Markt“.
- Auch energiepolitisch ist die Nähe zur Union unverkennbar: „Bezahlbare Energie für Bürger und Betriebe“, Ausbau der heimischen Erdgasförderung, Ja zum Fracking-Verfahren, Nutzung klimafreundlicher Zukunftstechnologien wie Kernfusion und Kernkraftwerke der neuen Generation („Dual-Fluid-Reaktoren“, „Thorium-Flüssigsalzreaktoren“, „Small Modular Reactors“) und „Freiheit im Heizungskeller: CO₂-frei, aber bezahlbar“.
- Bei sehr vielen gesellschaftspolitischen und familienpolitischen, aber auch religionspolitischen und ethischen Themen tun sich allerdings zum Teil gewaltige Gräben zwischen CDU und CSU und der FDP auf. Die FDP will das bisherige „Staatskirchenrecht“ zu einem „Religionsverfassungsrecht weiterentwickeln“, als „gleiche rechtliche Basis für alle Religionsgemeinschaften, die das Gleichheitsgebot und die Glaubensvielfalt, die Grundrechte sowie die Selbstbestimmung ihrer Mitglieder anerkennen“ – was immer das eigentlich heißen soll! Dies ist übrigens der einzige Passus im gesamten Programmtext, in dem das Wort „Kirche“ überhaupt vorkommt. Die FDP bleibt des Weiteren bei ihrem Ziel aus der Zeit der Ampelkoalition, „die Staatsleistungen abzulösen“.
- Die FDP fordert ein „modernes Fortpflanzungsmedizin-gesetz“, „Legalisierung der Eizellspende sowie die Klarstellung, dass die Embryonenspende zulässig ist“, die gesetzliche Verankerung der sogenannten „Verantwortungsgemeinschaft“ im Familienrecht und „Scheidungstermine auch per gerichtlicher Videokonferenz“!
- Die FDP will die „Organspendezahlen steigern“, allerdings ohne zu präzisieren, wie sie sich das politisch vorstellt. Völlig wagemutig bleibt sie mit der Zusatzformulierung, dass die „körperliche Selbstbestimmung ein zentraler Aspekt einer liberalen Gesellschaft“ sei. Man hat das mulmige Gefühl: Die äußerst kontroverse „Widerspruchslösung“ wird nicht erwähnt. Im Hinblick auf die Selbstbestimmung am Ende des Lebens heißt es: „Wir stehen fest zum Recht auf ein selbstbestimmtes Sterben. Dazu gehört auch die Möglichkeit, Sterbehilfe rechtssicher in Anspruch zu nehmen. Zugleich muss der Staat jedem, der Suizidgedanken hat, die helfende Hand reichen. Die Suizidprävention wollen wir deshalb spürbar ausbauen.“
- Sonstiges: Ablehnung von Vorratsdatenspeicherung, Netzsperrungen, Chatkontrollen und Uploadfiltern bei der Kriminalitätsbekämpfung, Einführung eines „flexiblen Renteneintrittes“, Ablehnung einer „Vier-Tage-Woche mit vollem Lohnausgleich“, „flexible Arbeitszeitmodelle“, „LSBTI-feindliche Hasskriminalität bundesweit einheitlich erfassen und verfolgen“, Artikel 3 GG soll „um die sexuelle Identität“ ergänzt werden, „Verschlankung der gesamten Behördenlandschaft“, Einrichtung eines „Bundesministeriums für Digitalisierung“, „Aufhebung des faktischen Verbrenner-Verbots“, „Corona-Maßnahmen kritisch aufarbeiten“, Ablehnung der „Wiedereinsetzung der allgemeinen Wehrpflicht“ (stattdessen „professionelle Freiwilligenarmee“) und „unverzögliche Lieferung des Marschflugkörper (sic!) Taurus“.

Dafür steht das Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW):

- Mit dieser (neben der AfD) ebenfalls ausgesprochen Putin freundlichen Partei ist ein Bündnis auf Bundesebene schon wegen der unüberbrückbaren Gegensätze in der Verteidigungs-, Europa- und Bündnispolitik unvorstellbar. Die Wagenknecht-Partei bedient ein Sammelsurium an z.T. völlig heterogenen, dafür aber populistisch sehr gut ausschaltbaren Positionen:
- Das massive Schüren von Ängsten in Bezug auf einen Dritten Weltkrieg mit Russland („Kein Steuergeld mehr für den Krieg“, keine Stationierung von US-Mittelstreckenraketen in Deutschland, keine EU-Mitgliedschaft für die Ukraine und auch ein genereller EU- Erweiterungsstopp, „Friedensverhandlungen“ mit Russland), Aufarbeitung des „Corona-Unrechts“, „15-Euro-Mindestlohn“, Besteuerung von Einkommen aus Kapitalerträgen, Vermögenssteuer, „Mindestrente von 1500 Euro“, „Bürgerversicherung für Gesundheit und Pflege“, „Mieterhöhungsstopp bis 2030“ und „Kurswechsel in der Migrationspolitik“ („Die unkontrollierte Migration muss gestoppt werden“).

Dafür steht die AfD:

- Die AfD, die vom Verfassungsschutz in Teilen als gesichert rechtsextremistisch eingestuft wird, und die mittlerweile auch in ihren Forderungen, ihrem Auftreten und ihrer Gesamttonalität aus ihrer völkisch-rechtsradikalen, rassistischen und offen menschenverachtenden Ideologie keinen Hehl mehr macht, profitiert immer mehr von den Krisen unserer Zeit. Hierin besteht die größte Gefahr.
- Wenn man sich die Parteitage des 11. Januar, sowohl von der SPD auf der linken als auch von der AfD auf der rechten Seite angehört hat, die sich beide radikal und einseitig gegen die Union von CDU und CSU positioniert haben, dann muss jetzt spätestens klar werden, warum es für Deutschlands Zukunft existentiell ist, dass die vernünftige und breite bürgerliche Mitte erhalten bleiben muss. Die Kanzlerkandidatin der AfD, Alice Weidel, hielt eine hetzerische und hasserfüllte Rede, die an die dunkelsten Zeiten unserer Geschichte erinnert. Diese Rede belegt auch einmal mehr, mit welchem abgrundtiefen Hass die AfD die Union bekämpft, ja regelrecht vernichten will¹. Der Spitzensatz Weidels in Riesa (Sachsen) in Richtung von CDU und CSU, der mit „standing ovations“ und frenetischem Applaus bedacht wurde: „Fluten Sie die Wahlurnen und macht uns zur stärksten Kraft! Lasst uns die CDU, diese Betrügerpartei, überholen!“

Die AfD positioniert sich aktuell wie folgt:

- **Staat und Recht:** Volksabstimmungen nach Schweizer Modell („uneingeschränkte Volkssouveränität“), grundsätzliche Reform des Verfassungsschutzes („Der behördlich organisierte Verfassungsschutz ist zum Regierungsschutz degeneriert“), „Entpolitisierung der Justiz“ („Die AfD will die Einflussnahme der politischen Parteien auf die Ernennung von Richtern und Staatsanwälten beenden“).
- **Europa, Außen- und Verteidigungspolitik:** Ablehnung der Osterweiterung der EU sowie der NATO, Infragestellung der NATO-Mitgliedschaft Deutschlands („Bis zum Aufbau eines unabhängigen und handlungsfähigen europäischen Militärbündnisses bleiben die Mitgliedschaft in der NATO (...) zentrale Elemente unserer Sicherheitsstrategie“), Austritt Deutschlands aus der EU und Abschaffung der jetzigen EU/Ersetzung durch einen „Staatenbund“, „Austritt Deutschlands aus dem Euro-System“, Offenheit für eine Beteiligung

Deutschlands am Projekt „Neue Seidenstraße“ Chinas, „Wiederherstellung des ungestörten Handels mit Russland“, „die sofortige Aufhebung der Wirtschaftssanktionen gegen Russland“ sowie die „Instandsetzung der Nord Stream-Leitungen“.

- **Religionsverfassungsrecht:** Keine Verleihung des Körperschaftsstatus des öffentlichen Rechtes an islamische Organisationen, sowie Abschaffung der islamtheologischen Lehrstühle an deutschen Universitäten und Ablehnung des Islamunterrichtes an den staatlichen Schulen
- **Asyl- und Migrationspolitik:** Unter der verhetzenden Überschrift „Asylparadies Deutschland schließen“ werden u.a. die „Aufkündigung von UN-Migrations- und UN-Flüchtlingspakt“ sowie die Abschaffung des Kirchenasyls und „Kündigung der Kirchenasylvereinbarung des (...) BAMF mit den Kirchen“ gefordert.
- **Sonstiges:** Ein Änderungsantrag, der im Zusammenhang mit dem Verweis auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker (Art. 1 der UN-Charta) die völkerrechtswidrige Annexion der Krim und den Krieg Russlands klar benennen wollte (Vgl. WP-40 zu Zeile 1642: „...verstößt gegen diese Prinzipien und missachtet bei seiner Durchführung seit drei Jahren viele Regeln des Kriegsvölkerrechts zum Schutz der Zivilbevölkerung...“), wurde auf dem AfD-Parteitag vom 11. Januar abgelehnt. „Corona“ soll weiter aufgearbeitet werden („Die im Zusammenhang mit der Corona-Krise geänderten Gesetze und Richtlinien sind zu überprüfen und gegebenenfalls zu streichen.“), der vom Menschen verursachte Klimawandel wird geleugnet („Der angeblich wissenschaftliche Konsens des ‚menschengemachten Klimawandels‘ war schon bisher politisch konstruiert“) und es wird der Ausstieg Deutschlands aus dem Pariser Klimaabkommen gefordert.

¹ Vgl. Maximilian Krahe, AfD-Spitzenkandidat für die zurückliegende Europawahl 2024 und damaliges Mitglied im AfD-Bundesvorstand, der die Union als „Hauptfeind“ betitelte, „von dessen Zerschlagung seine Partei erheblich profitieren würde“. Krahe erklärte: „Die politische Rechte kommt nur dann zum Erfolg, wenn die Christdemokraten verschwinden“ (Quelle: Kölner Stadt-Anzeiger).

Am 23. Februar
wählen gehen

BEIDE
STIMMEN
FÜR DIE
UNION

„LEITKULTUR“

WAS IST DAMIT EIGENTLICH GEMEINT?

WAS WIR ALS CDU/CSU DARUNTER VERSTEHEN

„DER FREIHEITLICHE, SÄKULARISIERTE
STAAT LEBT VON VORAUSSETZUNGEN,
DIE ER SELBST NICHT GARANTIEREN KANN.“
ERNST-WOLFGANG BÖCKENFÖRDE

DIE IDEE DER LEITKULTUR IM ÜBERBLICK

I. AUSGANGSPUNKTE

Bassam Tibi hat den Begriff der **Leitkultur** in die gegenwärtige politische Diskussion eingeführt: „Innerer und sozialer Friede innerhalb Europas erfordern ein Einverständnis über Gemeinsamkeiten. Dies nenne ich ‚Leitkultur‘, ohne die die bestehenden Spannungen, die bis zur Gewalttätigkeit eskalierende Konflikte hervorrufen können, nicht bewältigt werden können. (...) Innerhalb Europas wird eine mit den Migranten zu teilende Leitkultur benötigt; außerhalb Europas eine internationale Moralität. Die erste muss europäisch, die zweite kulturübergreifend geprägt sein.“¹ Tibi war von 1973 bis 2009 Professor für Internationale Beziehungen an der Georg-August-Universität in Göttingen. Über seine geistige Herkunft schreibt er: „Als ein arabischer Muslim aus Damaskus war ich in den 60er Jahren ein Linker der vordersten Front; ich war SDS-Aktivist, habe bei Adorno und Horkheimer studiert und wichtige linke Zeitschriften – wie *Das Argument* – mitgetragen.“²

In dem **Grundsatzprogramm „Freiheit und Sicherheit. Grundsätze für Deutschland“**, das der **21. Parteitag der CDU Deutschlands vom 3./4. Dezember 2007 in Hannover** beschlossen hat, werden in den Ziffern 31 bis 37 die Grundlagen des Zusammenhalts in unserer Gesellschaft beschrieben: Gemeinsinn, Zusammengehörigkeit der Nation, gemeinsame Sprache, Bekenntnis zur deutschen Geschichte, Bereitschaft zur Verantwortung, die föderale und konfessionelle Tradition und vor allem: die Unantastbarkeit der Würde des Menschen: „Diese kulturellen Werte und historischen Erfahrungen sind die Grundlage für den Zusammenhalt und bilden unsere Leitkultur in Deutschland.“ (S.16, Ziffer 37). Das Grundsatzprogramm **„In Freiheit leben. Deutschland sicher in die Zukunft führen“**, welches der **36. Parteitag der CDU Deutschlands vom 6. bis 8. Mai 2024 in Berlin** beschlossen hat, schreibt dies fort und nimmt verstärkt auch den rechtlich-politischen Bereich der Leitkultur in den Blick.

LEITKULTUR – EIN SCHWIERIGER BEGRIFF?

Norbert Lammert, ehemaliger Präsident des Deutschen Bundestages, bemerkt zu dieser Vokabel: „Es gibt Begriffe, die zur Verdeutlichung dessen, worum es geht, nur begrenzt geeignet sind, ohne die aber die notwendige Debatte gar nicht stattfindende, die leichter zu verweigern als zu führen ist. Leitkultur ist ein schwieriger Begriff für eine unbequeme, aber unvermeidliche Debatte.“³

Den Gedanken der „Leitkultur“ finden wir in vielen Arbeiten. Beispielhaft seien hier **Ernst-Wolfgang Böckenförde (induktiv)** und **Talcott Parsons (deduktiv)** genannt:

Der deutsche Jurist Ernst-Wolfgang Böckenförde entwickelt das nach ihm benannte „Diktum“ im Lichte der Frage, was die – wie er es nennt – **„Homogenitätsgrundlage“** des Staates sei, also die Frage danach, was den Staat zusammenhält. Dies sei in Europa zunächst das Christentum gewesen, dann die Idee der Nation: „Inzwischen hat die Idee der Nation, nicht allein in vielen Staaten Europas, diese Formkraft verloren. (...) Nach 1945 suchte man, vor allem in Deutschland, in der Gemeinsamkeit vorhandener Werteüberzeugungen eine neue Homogenitätsgrundlage zu finden. Aber dieser Rekurs auf die ‚Werte‘, auf seinen mittelbaren Inhalt befragt, ist ein höchst dürftiger und auch gefährlicher Ersatz; er öffnet dem Subjektivismus und Positivismus der Tageswertungen das Feld, die, je für sich objektive Geltung verlangend, die Freiheit eher zerstören als fundieren. So stellt sich die Frage nach den bindenden Kräften von neuem und in ihrem eigentlichen Kern: *Der freiheitliche, säkularisierte Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann.* Das ist das große Wagnis, das er, um der Freiheit willen, eingegangen ist.“⁴ Böckenförde war Mitglied der SPD und Richter am Bundesverfassungsgericht.

WERTEÜBEREINSTIMMUNG

Der US-amerikanischen Soziologe **Talcott Parsons** entwickelte eine soziologische Systemtheorie in den 1950er Jahren. Danach besteht die moderne Gesellschaft aus dem Ökonomischen System, das durch den Tauschhandel bestimmt wird, dem Politischen System, das durch Macht determiniert wird, dem Gemeinschaftssystem, das auf gegenseitiger Verbundenheit gegründet, und dem Sozialkulturellen System, das von Werteübereinstimmung (Commitments) geprägt ist.

II. WAS IST LEITKULTUR?

Der Begriff der „Leitkultur“ kann, ebenso wenig wie der Begriff der „freiheitlich demokratischen Grundordnung“, abschließend und zeitlich unbefristet definiert werden. Gleichwohl kann, wie auch bei der „freiheitlich demokratischen Grundordnung“ beispielhaft umrissen werden, was Leitkultur ausmacht.

Norbert Lammert schreibt: „Es gibt keine Rechtsnormen, die vom Himmel fallen. Diese Setzungen sind logisch betrachtet willkürliche Prioritäten, was erlaubt sein soll und was nicht. Und die Begründung für die Erlaubnis wie für das Verbot sind immer kulturell.“⁴⁵

ZUSAMMENLEBEN REGULIEREN

Mit anderen Worten: Ein gedeihliches Zusammenleben der Menschen in jeder Gemeinschaft erfordert ein gemeinsames Recht, sowohl als eine im Menschen wirkende geistige Macht, die sein Tun und Unterlassen antreibt, als auch eine äußerliche Macht, die das innere Geschehen unterstützt. Das Recht der Gemeinschaft ordnet und reguliert das Zusammenleben, indem es Verhalten und Interaktionen als richtig oder falsch kategorisiert.

Grundlage dieser „Guten Sitten“ (und somit auch des daraus resultierenden kodifizierten Rechts) ist das Gerechtigkeits- und Anstandsgefühl, das in der jeweiligen Gemeinschaft vorherrscht. **Die Frage nach der „Leitkultur“ ist die Frage nach den Werten, die dem Zusammenleben in einer Gemeinschaft zugrunde liegen oder liegen sollten und die außerhalb des kodifizierten Rechts existieren und dessen Grundlage sind.**

„C“ IST TEIL UNSERER LEITKULTUR

In unserer Gesellschaft verrechtlicht das Grundgesetz die Menschenrechte, erklärt sie aber nicht. Die Begründung der Menschenrechte liefern vor allem das Christentum und die Aufklärung sowie die Debatten, die zur Kodifizierung dieser Rechte geführt wurden.

Das „C“ ist Teil unserer Leitkultur. Die überwiegende Zahl der Verfassungen der deutschen Länder und später auch das Grundgesetz sprechen von der Verantwortung vor Gott und den Menschen. Das „C“ steht ganz besonders für diesen Gottesbezug und die Gottesebenenbildlichkeit des Menschen.

Das **Gemeinsame der Verfassungen der deutschen Länder und das Grundgesetz** ist ein starker Ausdruck unserer Leitkultur, und – so im neuen Grundsatzprogramm der CDU: „Unsere Leitkultur umfasst mehr als das Grundgesetz.“⁴⁶ Und weiter: „Wir bekennen uns zum Gottesbezug unseres Grundgesetzes und wissen zugleich, dass unser freiheitlicher Staat von Voraussetzungen lebt, die er selbst nicht garantieren kann.“⁴⁷

„Die Amtssprache ist deutsch“, so das in den 1970er Jahren beschlossene Verwaltungsverfahrensgesetz.⁸ Das, die verbindende Sprache, ist ein unverzichtbares Element der Leitkultur.

KONZEPT LEITKULTUR

Als **Gegenargument zum Konzept der Leitkultur wird oft gesagt: „Das Grundgesetz reicht“.** Aber: Zur Leitkultur in Deutschland gehört auch die Aufarbeitung des national-

sozialistischen Unrechtsstaates. Eine Schlussfolgerung dieser Aufarbeitung ist, dass „Kultur“ in erster Linie Sache der Länder und nicht des Zentralstaates ist. Deshalb ist es befremdlich, wenn bei der (Leit)Kultur zunächst und allein an den Zentralstaat verwiesen wird. Denn: in den Verfassungen der deutschen Länder und in den hierzu erlassenen Ausführungsgesetzen werden auch und gerade die Ziele der **Erziehung der Jugend** und der **Feiertage** definiert.

ERZIEHUNG DER JUGEND

Die Erziehung der Jugend soll auch auf die Zeit vorbereiten, die die Schüler und Schülerinnen von heute später als Erwachsene verantwortlich gestalten („Nicht für die Schule, sondern für das Leben lernen wir“⁴⁹). Deshalb beschreiben diese Ziele der Erziehung der Jugend den Konsens über Leitkultur.

TRADITIONEN

Gerade im Landesrecht mit kulturellem Bezug kommt besonders zum Ausdruck, was Leitkultur macht. Ein Beispiel: Zu den christlichen Traditionen in Deutschland gehört, dass der Karfreitag ein stiller Feiertag in allen 16 deutschen Ländern ist. Der Karfreitag „als Tag mit einem besonderen Stilleschutz und die damit verbundenen grundrechtsbeschränkenden Wirkungen“¹⁰ sind gerechtfertigt und mit dem Grundgesetz vereinbar. In der Begründung einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes aus dem Jahre 2016 zur Stilleschutz des Karfreitages heißt es ausdrücklich: „Dass der Gesetzgeber danach der gewachsenen und für weite Teile der Bevölkerung bis heute fortdauernden besonderen Bedeutung des Christentums Rechnung trägt, macht dies nicht zu einer verfassungswidrigen Privilegierung einer ‚Mehrheitsreligion‘, sondern ist Ausdruck der Prägekraft der Geschichte.“¹¹ Diese, von der Prägekraft der hiesigen Geschichte gestaltete Interpretation des weltweiten Christentums ist deutsche Leitkultur, weil beispielsweise in der Französischen Republik der Karfreitag ein gewöhnlicher Werktag ist (ausgenommen der Gebiete, die 1905 zum Deutschen Reich gehörten bzw. die außerhalb des Hexagons liegen).

III. AUSBLICK

Der **Gedanke der Leitkultur** begegnet uns in der Vergangenheit bei **Böckenförde** als „**Homogenitätsgrundlage**“, in der soziologischen Systemtheorie als „**Sozial-kulturelles System**“ (Parsons) oder in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes als „**Prägekraft der Geschichte**“.

Die Diskussion ist nicht neu. Sie wird aber mit Blick auf die fortschreitende Pluralisierung der Gesellschaft immer drängender: „Je vielfältiger und pluraler eine Gesellschaft ist, desto mehr bedarf sie eines einigenden Bandes, das jene miteinander verbindet, die in ein und demselben Land leben“ („In Freiheit leben“, a.a.O., S. 32), so das neue Grundsatzprogramm.

ZUSAMMENHALT UND WANDEL

Damit wird beschrieben, was eine Gesellschaft zusammenhält. Nicht alle Elemente dieses Kerns haben unbegrenzte Dauer, viele unterliegen auch dem Wandel. Deshalb ist die Diskussion um die Leitkultur so wichtig. Die Union führt diese Debatte und lädt die anderen politische Kräfte ein, sich daran zu beteiligen.

WAS IST LEITKULTUR?

ARGUMENTE & KONKRETIONEN DER CDU/CSU



Lebendiger Gemeinsinn in Frieden und Freiheit



Zusammengehörigkeit der Nation



Bekenntnis zur deutschen Geschichte und zum europäischen Friedensprojekt



Bereitschaft zur Verantwortung und zur Verteidigung der inneren und äußeren Sicherheit



und vor allem: die Unantastbarkeit der Würde des Menschen – unabhängig von Geschlecht, Herkunft, Religion oder anderen allgemeinen Identitätszuschreibungen
→ „Diese kulturellen Werte und historischen Erfahrungen sind die Grundlage für den Zusammenhalt und bilden unsere Leitkultur in Deutschland“

(Grundsatzprogramm der CDU Dez. 2007, fortgeschrieben Mai 2024)



Ein praktisches Beispiel: In Deutschland ist der Karfreitag ein stiller Feiertag. In vielen anderen christlich geprägten Ländern auf der Welt ist das nicht der Fall. Unsere gesetzliche Regelung ist Ausdruck unserer gewachsenen Kultur.



Deutsch ist nicht nur unsere Amtssprache, deutsch ist unsere Landessprache.



Das Grundgesetz ist Teil unserer Leitkultur. Die Leitkultur ist aber noch mehr.



Das „C“ ist Teil unserer Leitkultur. Die überwiegende Zahl der Verfassungen der deutschen Länder und auch das Grundgesetz sprechen von der Verantwortung vor Gott und den Menschen. Das „C“ steht ganz besonders für diesen Gottesbezug und die Gottesebenbildlichkeit des Menschen. Das Gebot der christlichen Nächstenliebe bedeutet zudem gerade auch die Ausübung der Religionsfreiheit und die Achtung anderer Glaubensüberzeugungen.



Fußnoten zu S. 12/13:

- 1 Bassam Tibi, *Europa ohne Identität? – Die Krise der multikulturellen Gesellschaft*, München 2000, S. 181.
- 2 Ebd., S. 53.
- 3 Norbert Lammert: „Brauchen wir eine Leitkultur?“, *Blog Archiv Klassik Stiftung Weimar*, 24. Juni 2016, 1.
- 4 Ernst-Wolfgang Böckenförde: „Recht, Staat, Freiheit – Studien zur Rechtsphilosophie, Staatstheorie und Verfassungsgeschichte“, Frankfurt a.M. 2021, erweiterte 8. Aufl. (1. Aufl. 1991), S. 112.
- 5 Norbert Lammert, a.a.O., 5.
- 6 „In Freiheit leben – Deutschland sicher in die Zukunft führen“, *CDU-Grundsatzprogramm*, Hannover 2024, S. 32.
- 7 Ebd., S. 37.
- 8 *VwVfG in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Januar 2003 (BGBl. I S. 102)*, das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 15. Juli 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 236) geändert worden ist, § 23 (1).
- 9 Diese berühmte Sentenz ist die Umkehrung des um seine humorvoll-sarkastische Pointe gebrachten Originalzitates bei Seneca, *Epistulae morales ad Lucilium*, XVII–XVIII, 106, 12: „*Quemadmodum omnium rerum sic litterarum quoque intemperantia laboramus: non vitae, sed scholae discimus.*“ („Gleich wie bei allen Dingen, leiden wir auch bei der Gelehrsamkeit an Unmäßigkeit: Nicht für das Leben, sondern für die Schule lernen wir.“)
- 10 *Leitsätze zum Beschluss des Ersten Senats vom 27. Oktober 2016 (1 BvR 458/10)*, 1/42.
- 11 Ebd. 25/42.

Die hier abgedruckten Thesen zur Leitkultur sind auch als gesonderter Flyer erhältlich!

FLYER DOWNLOADS

www.eak-cducsu.de/downloads



FLYER BESTELLUNGEN

Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU
Klingelhöferstr. 8
10785 Berlin
Telefon: 030 / 22070-432
Fax: 030 / 22070-436
E-Mail: eak@cdu.de

WIR AUF FACEBOOK UND INSTA



FACEBOOK



INSTAGRAM

AKTION UNTERSTÜTZEN



SPENDEN



Impressum

Meinungen und Informationen

aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU

Herausgeber

Thomas Rachel, Henning Aretz,
Dirk Heuer, Sabine Kurtz,
Christine Lieberknecht, Barbara Becker

Redaktion

Christian Meißner (V. i. S. d. P.)
Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin,
Tel.: 030/22070432, Fax: 030/22070436,
E-Mail: eak@cdu.de, www.eak-cducsu.de

Spenden-Konto

Commerzbank Berlin
BLZ 100 400 00
KontoNr. 266 098 300
IBAN: DE79 1004 0000 0266 0983 00
BIC: COBADEFFXXX

Autoren

Thomas Rachel MdB
Carsten Linnemann MdB
Prof. Dr. Heinrich Oberreuter
Dieter Hackler
Christian Meißner (EAK-Wahlmonitor)
EAK-Bundesvorstand (unter besonderer
Federführung von Christoph Waffenschmidt und Dr. Michael Franz)

Druck DAS DRUCKTEAM BERLIN

Fotonachweis

Titelbild, S. 2 und 3 © Tobias Koch
S.4 © Akademie für Politische Bildung
Tutzing
S. 7 © Walter Daschner, Markt Schwaben
S. 8 und 16 © Christian Meißner
S. 10 © Dieter Hackler

Nachdruck © EAK – auch auszugsweise –
nur mit Genehmigung der Redaktion und
mit Quellenangabe gestattet. Ein Beleg-
exemplar wird erbeten. Namentlich gekenn-
zeichnete Beiträge stellen die Meinung
des Verfassers dar, nicht unbedingt die
der Redaktion oder der Herausgeber.
Papier: 100 % chlorfrei

 Besuchen Sie uns auf unserer
facebook-Seite!



Meditation



Als Bundestagsabgeordneter fallen mir sofort zahlreiche Aufgaben und Herausforderungen zur diesjährigen Ökumenischen Jahreslosung ein. Tagtäglich müssen schließlich Entscheidungen vorbereitet und gefällt werden, die das gesamte Leben in unserem Land zum Teil wesentlich beeinflussen und mitprägen. Und die besondere Bürde der Verantwortung der Politik liegt genau darin, immer wieder genau abzuwägen und sorgfältig und gewissenhaft zu prüfen, welche Entscheidung wohl am Ende die beste und richtige ist.

Mein Glaube ermutigt mich dabei, ganz im Sinne des Apostels Paulus: Gott ruft uns in seine Nachfolge, in die aktive Verantwortungsübernahme in dieser Welt und er begleitet uns dabei auf all unseren Wegen. Er kennt dabei sehr wohl unsere allzu menschlichen Nöte. Er kennt unsere Zweifel und Anfechtungen. Er kennt unsere Unvollkommenheiten und Zwiespälte.

Sein rettendes Wort soll uns darum in all unseren Lebensbereichen Kompass und Orientierungsmaßstab sein. Was wären wir schließlich für Christenmenschen, wenn wir unser christliches Bekenntnis am Ende einfach an der Garderobe unseres öffentlich-gesellschaftlichen und politischen Engagements ab- und beiseitelegen und nur privat für uns selbst leben würden?

Es ist darum dieses von Gott herkommende Gute, Nützliche, Taugliche, Angemessene und Passende, von dem der Apostel spricht, was wir stets gemeinsam suchen und um das wir stets auch miteinander konstruktiv ringen müssen, um die Dinge in einem guten, gemeinschaftlichen und geschwisterlichen Geiste voranbringen zu können.

Thomas Rachel MdB,
EAK-Bundesvorsitzender